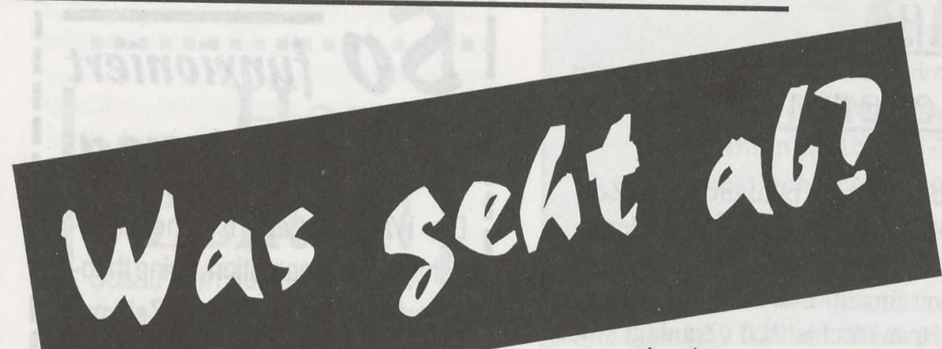
Antifa-Nachrichten-Doku

#6 - Mai '95
A 13803 - 3,50 DM



Österreich:

Auf dem Weg ins 4. Reich?

WIEN:
Hinrichtung eines Antifaschisten

BURGENLAND:
Mord an vier Roma

STEIERMARK, KÄRNTEN, VORARLBERG:
Hohe Wahlgewinne der Faschisten



Sei gegrüßt, Leser oder Leserin!

Da versucht man seit Monaten, regelmäßig und möglichst pünktlich eine Zeitung rauszubringen, die vielleicht nicht nur einen selbst interessiert, sondern auch andere Menschen. Die Zuschriften, die wir bisher dazu bekommen haben, waren im Grunde alle positiv, Kritik kam nur vereinzelt. Das ist ja ganz schön so - aber trotzdem unbefriedigend. Nicht daß wir masochistisch veranlagt sind, aber wir kriegen ja tatsächlich nur wenig mit, was andere für ein Bild unserer Zeitung haben und was sie gerne anders hätten. Zum Beispiel der Bereich "International": Diesmal sind ca. 30 Artikel dazu drin, das entspricht etwa einem Fünftel. Ist das zuviel, sollen wir nur das reinnehmen, was z.B. auch bei uns Auswirkungen hat? Dann würden wir gerne die Berichte von "amnesty international" mit veröffentlichen, die unter dem Titel "Briefe gegen das Vergessen" herauskommen. Diese würden etwa zwei Seiten pro Heft ausmachen. Oder "Neuerscheinungen" - wie ist überhaupt das Interesse daran, daß wir in jeden Heft ca. zehn neu herausgekommene Antifablätter vorstellen? Die "Was geht ab?" soll ja en Blatt sein, daß die praktisch Antifaarbeit mit Informationen unterstützt. Wird es diesem Anspruch gerecht?
Bei der Gelegenheit wollen wir uns außerdem auch mal bei all denen bedanken, die uns bisher unterstützt haben. Die, die uns Artikel schicken oder auch mal einen selbstgeschrieben Bericht über ihre Region. Um die Zeitung vielfältiger zu machen, wollen wir nicht nur auf überregional erscheinenden Presseartrikel zurückgreifen, sondern Berichte von "vor Ort" bekommen! Dazu ist eine praktische Mitarbeit notwendig, so wie sie auch schon von einigen geleistet wird.
Wir glauben, daß das Konzept der "Was geht ab?" noch verbesserungswürdig ist. Wenn Du also Ideen dazu hast, schreib sie uns!

Die WGA-Redaktion

So funxioniert diese Zeitung:

Die **Was geht ab?** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Folgende Quellen *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AA/SB = Antifa Saarbrücken
AN = Antifaschistische Nachrichten
ANNA = Antifa-Nachrichten Saarland
Antifa-AK Uelzen
Antifa Golem
Antifa-NRW-Zeitung
Berliner Berichte
BeZe = Berliner Zeitung
BfB = Bund freier Bürger
Bild
BM = Berliner Morgenpost
bnr = blick nach rechts
DESG-Inform
FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR = Frankfurter Rundschau
Infoblatt = Antifa Infoblatt
JF = Junge Freiheit
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadt-Anzeiger
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NW = Neuköllner Wochenblatt
R.A.S.H.
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
WGA = Eigener Bericht

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #6
Erscheinungsdatum:
1. Mai 1995
2. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
ViSdP: Kai Mara
Sammelanschrift für alle:

Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Inhalt:

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir keine extra Benachrichtigung, also selber merken!

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- O **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - O **Anfangs-Abo (#1-7) für 20 DM**
  - O **Einfaches Abo (10 Nummern) ab #______ für 35 DM**
  - O **Förder-Abo (10 Nummern) ab #______ für 50 DM**
- O **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
  Bitte schickt mir ______ Exemplare der #______
  für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale
  - O **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Österreich - auf dem Weg ins 4. Reich?

...so lautet die Sammelüberschrift auf der Seite 19. Ist das nur Panikmache, malen wir da ein Horrorbild an die Wand, das nichts mit der Realität zu tun hat? Oder steckt doch etwas dahinter? Da werden Menschen gezielt ermordet. Nicht wie in Deutschland durch marodierende Rassistenhorden, sondern gezielt mit Bomben oder - wie jetzt geschehen - durch einen aufgesetzten Schuß ins Herz. Eine faschistische Hinrichtung, die einem kritischen, antifaschistischen Journalisten galt. Dahinter steht nicht (nur) eine rechtsextreme Subkultur, sondern eine Organisation, die weit mehr kann. Allein die Artikel, die wir seit Erscheinen unserer Zeitung im vergangenen Dezember zu Österreich veröffentlicht haben, sprechen eine deutlich Sprache. Da ist von Waffenfunden die Rede, sogar Panzer wurden bei den Faschisten gefunden, von Morden, Überfällen - und einer rechtxextremistischen Partei, die immer weiter auf dem Durchmarsch zur Macht ist. Der Faschist Jörg Haider steht als Leitfigur der Neonazis da, er nimmt schon lange kein Blatt mehr vor den Mund, was er erreichen will. Die "Sicherheitsorgane" schlagen sich ebenfalls vermehrt auf die Seite derer, die etwas anstreben, das ohne weiteres als "4. Reich" bezeichnet werden kann.

Viele AntifaschistInnen überlegen sich bereits, ob sie den Schritt ins Exil tun sollen. Zu deutlich sind die Parallelen zu dem, was Anfang der 30er Jahre in Deutschland geschah. Doch Österreich ist nur ein Anfang, ein Testfeld. Die Zusammenarbeit der rechten Terroristen und der "Schlips-und-Kragen-Faschisten" soll als Modell getestet werden, für das Ziel, daß die Nazis seit der Zerschlagung ihres Staates vor 50 Jahren nie aus dem Auge gelassen haben: Die Errichtung einer neuen faschistischen Reiches.

Es liegt auch an uns, wie weit sie damit kommen!

Bundesweit

Neue faschistische Zeitung Aktionswochen der JN gegen Befreiung vom Faschismus

bnr 7/95 - Mit der März-Ausgabe beginnend wird vierteljährlich die ***Junge Deutsche Stimme*** als Beilage der ***Deutschen Stimme*** erscheinen. Presserechtlich Verantwortlicher der vierseitigen Beilage der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** ist der stellvertretende stellvertretende JN-Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Landesvorsitzende **Michael Prümmer** aus Stolberg-Schevenhütte. Der Redaktion der „Jungen Deutschen Stimme" gehören **Holger Apfel**, JN-Bundesvorsitzender aus Schellerten bei Hildesheim, **Dieter Koch** aus Wuppertal und Michael Prümmer an.
Vom 14. bis 17. April '95 soll eine Bundesschulung der JN zum Thema *„Von der Konservativen Revolution bis zur Niederschlagung des Reiches"* stattfinden. Im Anschluß daran sind vom 22. April bis zum 14. Mai '95 Aktionswochen der JN anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. *„Deshalb ruft der Bundesvorstand der JN alle nationalen Aktivisten dazu auf, in den nächsten Wochen und Monaten mit kämpferischem Protest gegen die Befreiungslüge anzutreten".* Die Kampagne der JN steht unter dem Motto *„Wir feiern nicht! Schluß mit der Befreiungslüge!"* Propagandamaterial für die braune Kampagne kann über die JN-Bundesgeschäftsstelle in Stolberg, dem Wohnsitz der Familie **Nahrath** bezogen werden.

Rechter Aufruf zum 8. Mai

Presse 4/95 - Ein Aufruf zum 8. Mai sorgt für Wirbel. Unter der Überschrift *„Gegen das Vergessen"* wird dort die Tatsache der Befreiung vom Faschismus relativiert und stattdessen die Maßnahmen der Siegermächte angeklagt. Dieser Aufruf soll am 7. Mai in der ***FAZ*** auf der dritten Seite erscheinen. Zu den Erstunterzeichnern gehören neben den schon bekannten ***FDP***-Rechten **Manfred Kittlaus, Alexander von Stahl, Rainer Zitelmann** auch der ***CSU***-Politiker **Peter Gauweiler**, der ehemalige Grüne **Alfred Mechtersheimer** sowie der Ehrenvorsitzende der ***CDU***, **Alfred Dregger**. Mit von der Partie sind auch mehrere ***Republikaner***.

Deckert verurteilt

BeZe 22.4.95 - Das Landgericht Karlsruhe hat den Vorsitzenden der ***NPD***, **Günter Deckert**, am 21. April '95 zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht fand ihn der Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Beleidigung für schuldig. Das Urteil entsprach dem von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaß. Die Verteidigung hatte dagegen beantragt, nicht über das Strafmaß von einem Jahr mit Bewährung hinauszugehen, wie es das Landgericht Mannheim verhängt hatte. Das Verfahren war zur Neufestsetzung des Strafmaßes vom Bundesgerichtshof an das Karlsruher Landgericht überwiesen worden, nachdem sich das Landgericht Mannheim bereits zweimal mit dem Fall befaßt hatte. Rechtsextreme Gesinnungsfreunde Deckerts hatten zu Prozeßbeginn im Gerichtssaal Parolen wie „Heil Deckert" und „Freiheit für Deckert" gerufen, ohne dafür belangt zu werden. Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Veranstaltung, die Deckert im November '91 in Weinheim mit dem us-amerikanischen „Hinrichtungsexperten" **Fred Leuchter** veranstaltet hatte. Leuchter streitet in einem Gutachten den Holocaust an den Juden während der Nazizeit ab. Deckert hatte den Vortrag Leuchters ins Deutsche übersetzt und sich inhaltlich zu ihm bekannt. Das Landgericht verurteilte ihn deswegen zu einem Jahr mit Bewährung. Der BGH hatte das Urteil auf die Revision der Staatsanwaltschaft nur wegen des Strafmaßes und der Aussetzung der Strafe zur Bewährung aufgehoben und dabei vor allem jene Passagen beanstandet, in denen der Mannheimer Richter **Rainer Orlet** Deckert Charakterstärke und Verantwortungsbewußtsein bescheinigt hatte. Die 2. Strafkammer mußte deshalb ein neues Strafmaß festsetzen. Deckerts Anwalt **Ludwig Bock** versuchte vergeblich, eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen.

Bund Freier Bürger

DESG-Inform 2-3/95 - Auf dem Bundesparteitag von **Manfred Brunners *Bund Freier Bürger (BFB)*** am ersten Februarwochenende '95 in Baunatal bei Kassel wurde der größte Teil des Grundsatzprogramms verabschiedet und der fehlende Rest einem Redaktionskomitee übergeben. In den verabschiedeten Thesen beschreibt sich der BFB als freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national. Auf Antrag des Landesverbands Hamburg beschloß der Parteitag, der Partei den Zusatz ***Die Freiheitlichen*** zu geben. Brunner sagte dazu, dies vermittle eine Assoziation zu den befreundeten „Freiheitlichen" in Österreich, die dort von **Jörg Haider** angeführt werden. Wegen dieser Nähe zu Haider waren allerdings einige Vorstandsmitglieder zurück- bzw. ganz ausgetreten. Der Parteitag vervollständigte deshalb auch die Führung des BFB: **Bernd Thomas Ramb**, Unternehmer und Honorarprofessor sowie Spitzenkandidat in Hessen, und der niedersächsische Bauer **Carl-Christian Hesse** wurden zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden, der Sprachwissenschaftler **Achim Fahs** aus Rostock (ex-DSU) zum Beisitzer gewählt. Auf dem Parteitag sprachen neben dem Leiter des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen, **Eberhard Hamer**, der BFB-Mitglied ist, auch der Vorsitzender der ***Freien Bürgerunion (BFU)***, der ehemalige Bundestagsabgeordnete **Ortwin Lowack**. Auch der ***DSU***-Vorsitzende **Roberto Rink** nahm am Parteitag teil. Mit beiden Organisationen strebt Brunner ein „nationalliberales Parteienbündnis" an, bei dem auch der ***Aufbruch 94*** und die Gruppe um **Alexander von Stahl** teilnehmen sollen.

REPs als rechtsextrem eingestuft

SZ 20.4.95 - Das Bundesamt für Verfassungsschutz betrachtet die ***Republikaner*** als rechtsextremistische, verfassungsfeindliche Partei. So steht es im Entwurf des VS-Berichtes 1994, den das Kölner Amt dem Innenminister **Kanther** vorgelegt hat. Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die Mitglieder der REPs sind, müssen künftig mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen. Anfang April hatte Bayern die Republikaner als verfassungsfeindlich eingestuft; Sachsen-Anhalt will laut Ankündigung folgen. Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen nahmen eine solche Bewertung schon 1994 vor, NRW bereit 1990. Der Bundesverfassungsschutzbericht hatte die Republikaner 1994 noch als lediglich rechtsradikale Partei eingestuft, allerdings mit „rechtsextremistischen Tendenzen".

Rechte Unternehmer

BeZe 4.4., FR 15.4.95 - Rechtsextreme Parteien und Zeitschriften werden nach Recherchen des ARD-Magazins „Panorama" von deutschen Industrieunternehmen finanziell unterstützt. Als Spender treten vor allem mittelständische Unternehmen auf, berichtete die Fernsehsendung am 14. April '95. Auch Leugner des Holocausts erhalten teilweise Finanzhilfen. Die Sendung verwies z.B. auf den Chef eines Stuttgarter Papierbetriebes, der an den Holocaust-Leugner **Otto-Ernst Remer** gespendet und dessen Hetzblatt ***Remer-Depesche*** zur Weiterverbreitung aufgekauft hatte. Ein Pforzheimer Fabrikant hatte 1991 eine Veranstaltung mit dem Briten **David Irving** finanziert, der die Gaskammern in Auschwitz als „Attrappe" bezeichnet hat. Bereits zwei Wochen vorher bereichtete das Magazin „Report" aus

Baden-Baden, daß ein Textilunternehmen in der Nähe von Koblenz für Neonazis Fahnen, T-Shirts und Aufnäher mit volksverhetzenden Aufdrucken hergestellt hatte. In der Sendung vom 3. April wurde berichtet, daß mehrere mittelständische Unternehmen Geschäfte mit den Faschisten machen. Der rheinland-pfälzische Textilbetrieb soll u.a. Aufnäher mit SS-Sprüchen wie „Meine Ehre heißt Treue", „Blut und Ehre" sowie rassistischen Parolen hergestellt haben. Abnehmer war bis mindestens Mitte des vergangenen Jahres ein neonazistischer Versandhandel gewesen, der von **Meinolf Schönborn**, dem Führer der seit 1992 verbotenen ***Nationalistischen Front***, betrieben wurde. Eine mittelständische Druckerei in Kempten soll bereits seit fünf Jahren rechtsextremistische Bücher hergestellt haben.

NICHT VERGESSEN: AM 20. MAI IST "WAS GEHT AB?"-REDAKTIONSSCHLUSS!

„Fritz" rechtsextrem

FR 18.4.95 - Der Bundesverfassungsschutz beobachtet erstmals eine Publikation einer Untergliederung des ***Bundes der Vertriebenen.*** Es handelt sich dabei um die Zeitung ***Fritz*** der ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen.*** Dies wurde aus einer PDS-Anfrage im Bundestag deutlich. „Fritz" wettere gegen „jüdische Vergangenheitsverschwörer" und „Überfremdung", Schwarze sind dort „Neger" und „Sexprotze".`Die Zeitung erscheint monatlich in einer Auflage von 5.000 Stück.

Nazi-Parolen sind kriminell

JW, SZ 30.3.95 - Das Sprühen von Nazi-Parolen kann eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen und in diesem Fall wegen Bildung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung bestraft werden. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) in einem am 29.März veröffentlichten Urteil entschieden und hob damit ein anderslautendes Urteil des Landgerichts Dortmund gegen fünf Jugendliche der Nazigruppe ***Nationale Offensive*** vom Mai 1994 auf, weil es den „aufhetzerischen Inhalt" der Parolen nicht berücksichtigt hatte. Das Gericht hatte die Nazi-Sprühaktion lediglich als Sachbeschädigung und als „Taten untergeordneter Bedeutung" bewertet und sie wegen der geringen Sachschädens vom Vorwurf der kriminellen Vereinigung freigesprochen. Demgegenüber verlangte der BGH, daß bei Sachbeschädigungen in diesem Zusammenhang außer der Eigentumsverletzung auch der Inhalt der aufgesprühten Parolen, Bilder oder Zeichen berücksichtigt wird. Es müsse beurteilt werden, welche Gefährdung für die öffentliche Sicherheit von Parolen wie „Ausländer raus" oder „Gegen Asylbetrüger" ausgeht. Das Gericht hätte deren Wirkung nicht ausklammern dürfen „angesichts der Ausschreitungen gegen Ausländer und insbesondere der schwerwiegenden Gewaltaktionen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sowie der darin deutlich gewordenen Gewaltbereitschaft rechtsextremer Teile der Bevölkerung". Die Jugendlichen waren Mitglieder eines Inneren Kreises der Nationalen Offensive.

Althans in den HNG-Nachrichten

bnr 6/95 - In der Februar-Ausgabe der ***HNG-Nachrichten*** meldet sich der Medien-Vorzeige-Neonazi **Bela Ewald Althans**, der am 15. Dezember'94 vom Landgericht München zu einer Haftstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, mittels eines Briefes an das alternde Rechtsextremistenpaar **Ursel** und **Kurt Müller** (Mainz-Gonsenheim) zu Wort. Darin bejammert er, daß „diese Regierung" das „ganze Volk" einsperren wolle. Offiziell will Althans vom Neonazismus abgeschworen haben. In der gleichen Ausgabe der HNG-Nachrichten gibt die rechte Gefangenenhilfsorganisation den Tod von **Volker Jaschke** bekannt. Jaschke, einst Bundesgeschäftsführer der mittlerweile verbotenen ***FAP***, machte am 20. April 1989 bundesweit auf sich aufmerksam, als er gemeinsam mit seinen Gesinnungskameraden **Christian Sennlaub**, **Gisbert Reichel**, **Christian Malcoci** und dem Niederländer **Martyn Freling** im Kölner WDR-Gebäude das Transparent „Adolf Hitler 100 Jahre - unser Auftrag" hißte.

NS-Opfer fordern Entschädigung

SZ 29.3.95 - Der Interessenverband ehemaliger spanischer KZ-Häftlinge, ***Amical de Mauthausen***, hat von Deutschland erneut vollständige Entschädigung gefordert. Der Verband, benannt nach dem Konzentrationslager von Mauthausen, teilte in Barcelona mit, daß nach 50 Jahren noch immer 30 Witwen von KZ-Insassen und rund 50 Überlebende auf angemessene Entschädigung warten. Die Gruppe appellierte an die spanische Regierung, sich für ein entsprechendes Abkommen einzusetzen. Etwa 50.000 SpanierInnen sind in deutschen KZs umgebracht worden, nur ein Teil erhielt nach einer Regelung von 1981 eine Abfindung von je 5.000 Mark.

Flüchtlinge schützen

Taz 23.3.95 - Mehr als 200 evangelisch und katholische Kirchengemeinden in Deutschland sind nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche" bereit, von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen in ihren Räumen Schutz zu gewähren. 60 Gemeinden in rund 30 Städten hätten sich jetzt öffentlich dazu bekannt, heißt es in einem Aufruf.

Baden-Württemberg

Deutsches Seminar

AN 8/95 - Ungefähr 60 Menschen beteiligten sich an der von der ***Alternativen Linken Liste (ALL)*** und der ***VVN*** organisierten und von der ***SPD*** und ***IG Metall*** unterstützten Protestaktion gegen eine Tagung des ***Deutschen Seminar***s in Degerloch. Es fand eine Kundgebung statt und kurzfristig gab eine Blockade vor dem Tagungslokal. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Deutschlandpolitik 50 Jahre nach der 'Befreiung'". Das „Befreiung" ist in Anführungszeichen gesetzt. Das „Deutsche Seminar" veranstaltet seit fast zehn Jahren im süddeutschen Raum Diskussionen und Seminare mit dem Ziel, die alten und neuen Nazis hier zu vernetzen. Vorsitzender ist **Dr. Walter Staffer**, der in Nürtingen im Gemeinderat sitzt.

Ermittlungen wegen Nazipropaganda

ND 5.4.95 - Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat Ermittlungen wegen Verbreitung von antijüdischer Nazi-Propaganda und Volksverhetzung eingeleitet. Bei der Einweihung einer Moschee in Mannheim hatten die türkischen ***Grauen Wölfe*** einen Stand wo unter anderem Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf", in türkischer Sprache, verkauft wurde. Das ist gar nicht so ungewöhnlich für die Grauen Wölfe, denn wie sagte schon der Chef der faschstischen Grauen Wölfe *„Meine größten Vorbilder sind Adolf Hitler und Kemal Atatürk"*.

Burschenschaft in Auflösung

bnr 6/95 - Die ***Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg*** ist infolge der Razzia vom 20. Januar 1995 in ihren Heidelberger Räumen in ihrer Auflösung begriffen. Einige Angehörige der ultrarechten Europaburschenschaft wurden ausgeschlossen, andere verließen freiwillig die Arminia. **Michael Dangel** (26), ehemaliger Funktionär der ***Republikaner*** und langjähriger Vorsitzender des ***Forum 90***, sieht nach seinem Austritt aus der Europaburschenschaft eine Zeit des *„politischen Überwinterns angebrochen"*. Doch gelte es laut Dangel die wichtige *„persönliche Vernetzung innerhalb des rechten Lagers"* aufrecht zu erhalten. Denn, so Dangel in bekannter Manier, *„wer den anderen persönlich kennt, wird Berichte der libertär gewirkten Presse wohl äußerst kritisch gegenüberstehen, wenn diese sich aus volkspädagogischen Erwägungen herraus wieder einmal berufen fühlt, einzelne Personen oder Organisationen medial an die Wand zu fahren."*

Nazibücher beschlagnahmt

SZ 30.3.95 - Bei der Durchsuchung des Tübinger ***Grabert-Verlags*** haben Beamte des Landeskriminalamtes Baden Württemberg mehr als 2000 Exemplare (Auflage 17000) des Nazibuches „Grundlagen zur Zeitgeschichte" beschlagnahmt. Dieses leugnet pseudowissenschaftlich den Holocaust und erfüllte die Strafbestände der Volksverhetzung und der Beleidigung. Nach der Entdeckung eines Verteilerplanes seien weitere Durchsuchungen bei Verlagen, Buchhandlungen und Großabnehmern in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Bremen veranlaßt worden.

Orlet angeklagt?

BeZe 24.3.95 - Der Landtag von Baden Württemberg hat den Weg für die Vorbereitung der ersten Richterklage in der Geschichte der Bundesrepublik ‚gegen **Rainer Orlet**, frei gemacht . Die Abgeordneten beschlossen am 22. März 95, von dem Mannheimer Richter Rainer Orlet eine schriftliche Stellungsnahme zu den Vorwürfen gegen ihn einzuholen. Über die Einleitung einer Richterklage gegen Orlet beim Bundesverfassungsgericht könnten die Abgeordneten dann im April oder Mai entscheiden. Orlet hatte das skandalöse Urtei gegen den ***NPD***-Vorsitzenden **Günter Deckert** gefällt (siehe WGA # 2 und 5). Der Artikel 98 des Grundgesetzes schafft die Möglichkeit Orlet abzusetzen, bis dahin ist aber noch ein langer Weg.

DVU'ler tot

bnr 7/95 - Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde **Kurt Gackstatter** Ende Dezember '94 Opfer eines Gewaltverbrechens. Er soll von Jugendlichen erstochen worden sein. Gackstatter war seit Oktober 1994 stellvertretender Landesvorsitzender der ***Deutschen Volksunion (DVU)*** in Stuttgart und war dabei im mittlerem Neckarraum eine Kameradschaft ***Junge Deutsche in der DVU (JD/DVU)*** aufzuziehen.

Bayern

Nazi-Treffpunkt

Taz 8./9.4.95 - Die „Tiroler Höhe" im Nürnberger Stadtteil Hasenbuck ist langzeitig Treffpunkt für Rechtsextreme. Mindestens seit Ende 1993 trifft sich hier die mittelfränkische ***NPD*** allmonatlich zu ihren Versammlungen. Die Referenten kommen aus dem Bundes- und Landesvorstand. In der „Tiroler Höhe" plante die NPD ihre Aktionen und bereitet sich auf die anstehenden Kommunalwahlen 1996 vor. Am 25. März 1995 trafen sich hier eine Vielzahl von Nazi-Kadern zum Thema: „Nationale Opposition- wie gehts weiter". Anwesend waren unter anderen die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und die NPD. **Michael Swierczek**, Chef der verbotenen ***Nationalen Offensive (NO)***, **Friedhelm Busse**, Führer der verbotenen ***Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, und **Michael Petri**, ehemals Vorsitzender der verbotenen ***Deutschen Alternative (DA)*** in Rheinland Pfalz, derzeit Chef der ***Deutschen Nationalisten (DN)***, diskutierten in der „Tiroler Höhe" mit dem örtlichen NPD - Bezirksvorsitzenden **Ralf Ollert**. Manchmal feiern sie auch am Hasenbuck, dann wird es lautstark und gewaltätig. Mitte Februar '95 nahm die Polizei über 60 Nazi-Skins fest die hier besoffen rumpöbelten. Ein türkisches Mitglied des Ausländerbeirates berichtet, daß sich Ausländer während der Treffen der Neonazis stundenlang nicht mehr auf die Straße trauen. Auch am 12. April wollte sich die NPD dort wieder treffen. Als ein Bündnis aus Ausländerbeirat, antifaschistischen Gruppierungen und Jungsozialisten zur Demonstration „Weg mit dem Nazi-Treff" aufrief, blies die NPD ihre Veranstaltung ab. Auch der grieschische Pächter (O-Ton: „Das sind gute Leute") bekam kalte Füße und sperrte sein Lokal am 12. April. Damit hat das Bündnis sein erstes Ziel erreicht.

Bewährungsstrafe

JW 17.3.95 - Am 17.März '95 wurde der Neonazi ***Werner Fleckenstein*** wegen dreifacher gefährlicher Körperverletzung vom Amtsgericht Aschaffenburg zu drei Jahren auf Bewährung (!) verurteilt. Wie wir in der letzten Ausgabe berichteten, hatte Fleckenstein mit anderen Nazis bei einem „Aktionstag gegen den multikulturellen Wahn" im Januar 1993 drei Antifas mit Waffen gejagt und in den Main getrieben. Eine Ermittlung wegen versuchtem Totschlag war fallengelassen worden, da die Tat angeblich niemandem konkret zugewiesen werden konnte.

Ehrenbürger Hitler

Taz 1./2.4.95 - Der Verkauf des neuen offiziellen Adreßbuchs der niederbayrischen Städte Deggendorf und Plattling mußte gestoppt werden. Adolf Hitler und Heinrich Himmler waren, wie ein Sprecher der Stadtverwaltung sagte, „versehentlich" als Ehrenbürger aufgeführt.

Klaus Zeitler

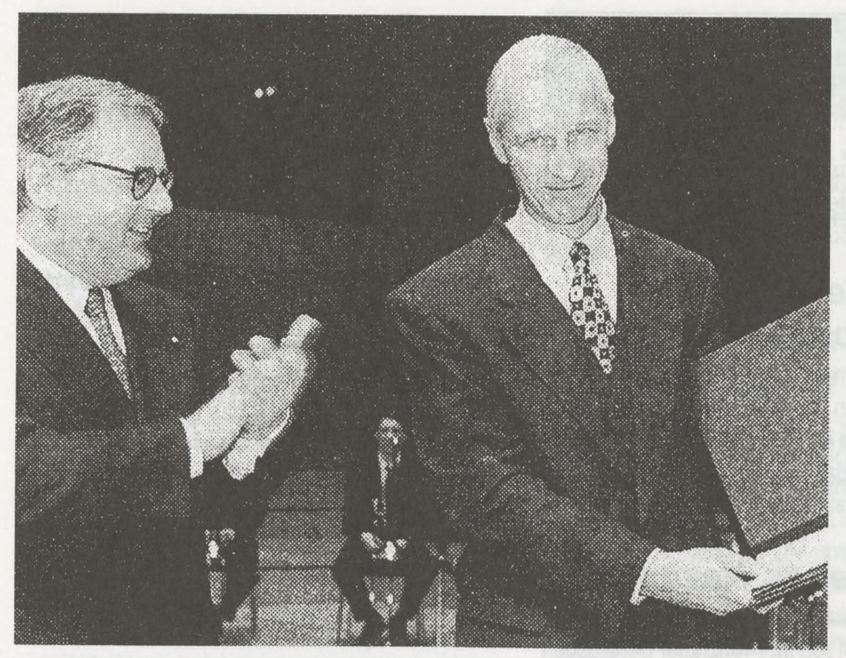
FR 19.4.95 - Der frühere Würzburger Oberbürgermeister **Klaus Zeitler** hat die ***Republikaner*** drei Jahre nach seinem Beitritt wieder verlassen. Zeitler war von 1968 bis 1990 als Sozialdemokrat Oberbürgermeister in Würzburg. 1992 verließ er nach 35jähriger Mitgliedschaft die ***SPD*** und trat den REP's bei. Als deren Direktkandidat in Würzburg erhielt er 1994 bei der bayerischen Landtagswahl 5,7 Prozent der Stimmen.

Volksverhetzung

SZ 7.4.95 - Das Bayrische Oberste Landgericht hat eine Revision des wegen Volksverhetzung angeklagten **Michael S.** gegen ein Urteil des Landgerichts Regensburg zurückgewiesen. Michael S. ist Redakteur des „Wochenblatts", ein Regensburger Anzeigenblatt. Er vesah die erste Seite dieser Zeitung (vom 19.November 1992) mit der Schlagzeile *„Kultur: Ein Jude?"*, als er einen Bericht über die Kandidaten für das Amt des Regensburger Kulturreferenten schrieb. Michael S. verfasste dann für die nächste Ausgabe eine „persönliche Erklärung" wo er sich für seinen Mißgriff nachdrücklich entschuldigte. Die Sache muß trotzdem noch einmal in Regensburg verhandelt werden. Auf die Revision des Staatsanwalts hat der 2.Strafsenat des Bayerischen Obersten Landgerichtes das Strafmaß - eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 80 Mark- aufgehoben, weil das Landgericht Regensburg damit unter der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrafe von 90 Tagessätzen geblieben war. Die Regensburger Richter hatten die Strafe zu Bewährung ausgesetzt und Michael S. lediglich verwarnt.

Hetze

NE - Der ehemalige bayerische Umweltminister und amtierende Münchner ***CSU***-Bezirksvorsitzende **Peter Gauweiler** hat im Rahmen einer politischen Aschermittwochsveranstaltung der CSU davor gewarnt weiterhin jedes Jahr 600.000 Ausländer nach Deutschland „reinzupumpen".



"Freiheitspreis"

bnr 6/95 - Der sächsische CDU-Justizminister (!) **Steffen Heitmann** (50) ist von **Manfred Brunner**, Initiator und Bundesvorsitzender des rechtslastigen ***Bund**es **Freier Bürger (BFB)-Die Freiheitlichen***, mit dem Freiheitspreis für seine neurechten Positionen ausgezeichnet worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis ist von der am 5. Januar gegründeten ***Stiftung Demokratie und Marktwirtschaft*** (Sitz:München) ins Leben gerufen worden. Steffen Heitmann war schon Interviewpartner der ***Jungen Freiheit*** und ist laut der rechten Zeitung ***Criticon*** ein *„hochanständiger Mann"*, welcher öfters durch seine „umstrittenen Aussagen zum Umgang mit Ausländern und zur deutschen Vergangenheit" (SPIEGEL) negativ auffiel. Am 4. März trafen sich zur Auszeichnung 1.000 Gleichgesinnte in der Münchner Philarmonie.
Reden hielten Brunner, der Münchner ***CSU***-Vorsitzende und das Stiftungsratmitglied **Peter Gauweiler** sowie **Michael Wolffsohn** (Professor an der Bundeswehrhochschule München und Autor im neurechten Standartwerk „Die selbstbewußte Nation"). Wolffsohn hetzte in seiner Rede gegen die besonders „guten Deutschen" wie Weizsäcker und Rita Süßmuth.

Memento

SZ 7.4.95 - Am 6. April '95 stellte sich der neue Verein ***Memento*** der Öffentlichkeit vor. Die ***Initiative für die KZ-Gedenkstätte in Dachau*** will über die Gedenkfeiern des 50. Jahrestages hinaus Lobby für die Gedenkstätte sein. Sie wollen die Erinnerung so bewahren, daß wir selber und die nächste Generation besser begreifen, was es heißt, eine Demokratie zu schützen. Für Nachgeborene sei es an der Zeit, die Verantwortung für das hinterlassene Erbe zu übernehmen, erläuterten die Initiatoren. Die Erinnerung an die Erinnerung müsse über den Tod der Überlebenden hinaus erhalten werden. Die Orte werden nur als Orte der Geschichte erhalten, wenn vielfältige Organisationen mitwirken, sie zu Orten politischer Kultur zu machen und sie nicht nur als Kranzniederlegungsplätze zu nutzen. Es falle leicht, nie wieder Auschwitz, nie wieder Massenmord zu fordern, sagte der Verein. Schwieriger sei es dagegen, die Menschen an ihre Verantwortung zu erinnern, das ewige Stillhalten zu durchbrechen. Es gelte daher, dieses Bewußtsein zu schärfen.

Worch-Klage abgewiesen

ND 5.4.95 - Die Klage **Christians Worchs** gegen ein Versammlungsverbot der Stadt München ist endgültig abgewiesen worden. Der 21. Senat des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs erklärte das Verbot von 1991 für rechtens. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Kein ausländischer Bürgermeister

SZ 30.3.95 - Innenminister **Günther Beckstein** bleibt dabei: Im Freistaat lebende EU-Ausländer dürfen bei den Kommunalwahlen am 10. März '96 zwar wählen, aber nicht als erste Bürgermeister, Landräte oder deren Stellvertreter kandidieren. Das betonte der Minister, nachdem das Kabinett einen Entwurf zur Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes beschlossen hatte. Die Einschränkung des passiven Wahlrechts für EU-Ausländer sei aber nach der Kommunalwahl-Richtlinie ausdrücklich zulässig: Bürgermeister und Landräte nähmen in Bayern nicht nur kommunale Aufgaben wahr, sondern seien auch für den Vollzug hoheitlicher staatlicher Aufgaben zuständig, die Beckstein Ausländern nicht zutrauen will.

Grüne: "CSU ausländerfeindlich"

SZ 28.3.95 - Die Münchner ***Grünen*** haben der ***CSU,*** nach deren ausländerpolitischen Parteitag, eine *„schäbige Strategie"* und *„extrem ausländerfeindliche Politik"* bescheinigt. Mit dem Versuch, die Ausländerpolitik der Rathausmehrheit zum Wahlkampfthema zu machen, vergifte das Klima der Stadt, erklärte Stadtverbandschef ***Peter Noll.*** Damit schüre die CSU den Rechtsradikalismus und stelle sich in Widerspruch zu Appellen der Kirchen, Ausländer- und Asylpolitik aus Wahlkämpfen herauszuhalten.

Kurden-Abschiebungen

BeZe, SZ 24.3.95 - Erstmals seit Auslaufen des bundesweiten Abschiebestopps ist am 23. März '95 ein „rechtskräftig verurteilter" Kurde in die Türkei abgeschoben worden. Der Münchener Kreisverwaltungsreferent **Hans-Peter Uhl** ***(CSU)*** kündigte an, dies sei nur der „Startschuß" für weitere Abschiebungen aus München. Er habe noch 15 bis 20 weitere Fälle in Vorbereitung. Dabei handele es sich nicht nur um verurteilte Straftäter, sondern auch um Kurden die sich illegal in Deutschland aufhielten. Ein Sprecher des Innenministeriums kündigte an, daß in den nächsten Wochen 50 bis 60 Kurden abgeschoben werden. Der baden-württembergische Landtag hat sich gegen eine Verlängerung des Abschiebestopps gewandt.

DL will eine Wahlpartei

NE 4/95 - Ein Signal zur Einigung unter Gleichgesinnten setzen wollten die bayerischen Landesvorsitzenden der ***Deutschen Liga*** **(Werner Eichinger)** und ***Aufbruch 94*** **(Franz Deixelberger)** in einer gemeinsamen Erklärung, die in Ingolstadt verabschiedet wurde. Dort heißt es u.a.: *„Es gilt jede Möglichkeit auszuloten, die mittelfristig zur Bildung einer breiten Wählergemeinschaft bzw. Wahlpartei demokratischer Patrioten führen kann. Die Bewältigung der zentralen Lebensfragen Deutschlands kann nur durch einen neuen politischen Weg erfolgen, der die Koppelung der ökologischen, sozialen und nationalen Frage beinhaltet. Mit dieser Erklärung sollen die programmatischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die zu schaffende Wahlpartei an den nächsten bayerischen Landtagswahlen teilnehmen kann".*

Einbürgerung

SZ 19.4.95 - Der Ausländerbeirat der Stadt München plant eine Einbürgerungskampagne und hat die Stadt dafür um Unterstützung gebeten. In der zweiten Jahreshälfte will die Vertretung der rund 280.000 AusländerInnen mit Flugblättern, Broschüren und Plakaten für mehr Einbürgerungen werben. 1994 erhielten 1316 Münchner (Aussiedler ausgenommen) den deutschen Paß. 1993 waren es 959 sogenannte Ermessenseinbürgerungen. In München leben, so der Beirat, allein 35.000 Ausländerinnen und Ausländer im Alter von 16 bis 22 Jahren, die deutsche Staatsbürger werden könnten. 82 Prozent von ihnen stammen nicht aus der EU. Durch die restriktive Einbürgerungspraxis werde die Kluft zwischen privilegierten EU-Bürgern und anderen Ausländern immer größer.

Berlin

Totschlag an Polen vor Gericht

Bild, FR 5.4.95 - Seit dem 4. April 1995 stehen sieben Berlin Männer und Frauen wegen gemeinschaftlichen Totschlags an einem polnischen Bauarbeiter vor dem Berliner Landgericht. Der achte Täter, **Manuel H.**, hatte Glück. Er ist 13 Jahre alt und damit nicht strafmündig. Zwei andere befinden sich in U-Haft: **Thilo Mo.** (19) und der mutmaßliche Haupttäter **Mario G.** (22). Dazu kommen **Janina H.** (16), **Anett R.** (17), **Rene S.** (21), **Frank L.** (25) und **Oliver Mo.** (19). Am 26. Juli 1994, ein Uhr nachts am Spreeufer Friedrichshain, stießen die 7 Angeklagten auf den schon betrunkenen polnischen Bauarbeiter **Jan Wneuczak** (45) und seinen Kollegen **Ryszard Matura** (36). Die beiden werden in die Spree geworfen. Einige Täter springen hinterher. Als Jan fliehen will, hält Mario G. ihm am Bein fest, so daß er nicht wegschwimmen kann, Oliver Mo. zieht seine Hände vom rettenden Ufer weg und Rene S. tritt ihn von oben. Mario G. treibt dann Jan immer tiefer ins Wasser, bis sich Jans Kleider vollsaugen und er ertrinkt. Der zweite Pole wurde durch das Eingreifen einer Polizeistreife gerettet. Als Motiv geben die Täter an, daß die beiden Frauen belästigt worden seien. Das Urteil wird am 2. Mai erwartet.

Mordprozeß gegen Nazi-Skins

BeZe 12.4.1995 - Seit dem 12. April 1995 müßen sich 4 Rechtsradikale wegen gemeinschaftlichen Mordes, Vergewaltigung und sexueller Nötigung vor dem Berliner Landgericht verantworten. Die 4 Männer - **Oliver O.** aus Steglitz (19), **Mirko D.** aus Lichtenberg (19), **Dirk G.** aus Lichtenrade und **Matthias F.** aus Reinickendorf (22) - hatten mitte Juli 1994 die 32jährige **Beate F.** aus Weißensee kennengelernt und sie mit in die Wohnung eines verreisten Freundes genommen. Dort quälten sie Beate F., Mutter von 2 Kindern, ca. 10 Stunden lang. Die Täter fesselten sie, rasierten ihr die Haare ab, vergewaltigten sie mehrmals und versuchten dann sie zu ersticken, zu ertränken und zu vergiften. Schließlich erwürgten die Rechtsradikalen sie und legten sie nackt in eine Decke gewickelt neben eine Abfalltonne in der Emmentalerstraße. Mieter des Hauses an der Emmentalerstr. 97 fanden die Tote. Sie waren es auch, die die Polizei zu den Tatverdächtigen führten. Die Hausbewohner berichteten von einer Party, die zuvor in einer Wohnung im zweiten Stock des Hauses stattgefunden hatte. Dessen Mieter war als Nazi-Skin bekannt aus dessen Räumen oft Nazi-Lieder zu hören waren. Die Täter sind teilweise geständig. Das Prozeßende ist noch offen.

Nazi-Feier im Prenzelberg

Antifa Golem - Am 20. April '95 feierten zehn bis zwölf Faschisten den Geburtstag von Adolf Hitler in der Kneipe ***Pi-Ti*** (Dimitroffstr./ Greifswalderstr.) im Prenzlauer Berg. Darunter auch der ehem. *FAP*-Vorsitzende **Lars Burmeister**.

Demo gegen Naziladen

Antifa-Bündnis - Rund 300 Menschen demonstrierten am 8. April 1995 im Prenzlauer Berg gegen den Naziladen ***Ha-Ra-Kiri*** in der Grellstraße 1b, 10409 Berlin. (Siehe Was geht ab? # 4 und 5). Zu dieser Demonstration hatte ein breites Bündniss verschiedener Gruppen und Organisationen aufgerufen. **Henry Harm**, der jetzige Betreiber des Ladens (vorher betrieb er den Fascholaden ***No Remorse*** in Pankow) hatte offensichtlich wenig Vertrauen in die Polizei. Deshalb mobilisierte er ca. 15 Nazi-Schläger zum Schutz des Ladens. Außerdem verteilten noch 3 Leute des Ladens, unter anderen **Nicole Radecke** und Henry H. zu Beginn der Demonstration Fotokopien eines richterlichen Durchsuchungsbeschlußes und eines polizeilichen Durchsuchungsprotokolls um ihre Unschuld zu beweisen. Dieses ist sehr interessant:

- am 3. Februar '95 wurden die Ermittlungen gegen den Ha-Ra-Kiri aufgrund eines Beitrages des Fernsehsenders IA aufgenommen.
- am 9. März '95 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag für ein Dursuchungsbefehl.
- am 21. März '95 wurde dieser durch das Amtsgericht Tiergarten beschlossen.
- am 6. April wurde dann der Laden duch die zuständige polizeiliche Dienststelle LKA 5141 durchsucht - natürlich ohne Erfolg.

Eine interessante Frage ist warum Polizei und Staatsanwaltschaft wieder einmal soviel Zeit verstreichen ließ. Da nur das Durchsuchungsprotokoll des Ladens selbst verteilt wurde, wissen wir nicht ob in den *Wohn- und Nebenräumen des Beschuldigten* irgendetwas gefunden wurde. Klar ist unter'm Ladentisch haben schon einige Nazipropaganda erhalten. So das Hammerskins-Fanzine ***Wehrt Euch*** mit Hakenkreuzemblem.

Am 22. April '95 gab es dann eine weitere Demo der JRE gegen den Laden, an der etwa 100-150 Menschen teilnahmen.

REPs behindern Holocaust-Ausstellung

NW 30.3.95 - Unter dem Motto *"Opfer und Täter"* lief im Rathaus Neukölln eine Holocaust-Ausstellung, die von SchülerInnen der Leonardo-da-Vinci Oberschule angefertigt wurde. Die rund 40 beteiligten SchülerInnen werden mitsamt ihrer Ausstellung nach Japan reisen. Daraufhin schaltete sich der ***Republikaner***-Bezirksverordnete **Paul Göhler** ein und versuchte die Ausstellung

Bund Freier Bürger

Antifaflugie, BfB 25.3., 4.4.95 - Am 4. April '95 veranstaltete der ***Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen*** in Reinickendorf eine Veranstaltung, die den Berliner Wahlkampf einleiten sollte. Eingeladen dazu wurde per Anzeige in der ***Jungen Freiheit*** und in einem lokalen Anzeigeblättchen. Die Rechtspartei unter Vorsitz von **Manfred Brunner**, gegründet am 23. Januar '94 als weitere Partei, die sich rechts von der CDU etablieren will, verspricht sich Erfolg durch den Versuch, das Modell Jörg Haiders aus Österreich zu kopieren. Ungefähr 50 AntifaschistInnen hatten sich vor dem „Fontane-Haus" eingefunden um gegen Brunner und Konsorten zu protestieren. Die reichlich erschienene Polizei und die Gesichtskontrollen am Eingang verhinderten aber jegliche Gegenaktionen. Das Publikum von ca. 90 Leuten setzte sich aus alten Männern, Parteimitgliedern des BfB und zahlreichen Polizisten in Zivil zusammen. Mit **Peter** und **Bärbel Rieger** waren auch ehemalige Vorstandsmitglieder der ***Republikaner*** anwesend, außerdem war der Neuköllner Rechtsextremist **Jens Jacobi** anwesend. Der aus München angereiste Brunner drosch zusammen mit **Achim Fahs** die üblichen Phrasen über *Asylmißbrauch, innere Sicherheit und nationale Interessen.* Am 23. März ' 95 fanden im Landesverband Berlin Neuwahlen zum Landesvorstand staat. Nachstehende Personen wurden gewählt:

Landesvorsitzender:	Karl-Christian Andersen (69)
Stellv. Landesvorsitzende:	Imko Bornstedt
	Andreas Manthey (29)
Schriftführer:	Johann-Peter Bünger (20)
Schatzmeister:	wird nachgewählt bis dahin A. Manthey
Beisitzer:	Lutz Thorwarth (32)
	Joachim Baum
Kassenprüfer:	Karl-Heinz Seitz
	Wolfgang Petrowsky
Stellv. Kassenprüferin:	Ilse Kriegl

zu behindern - die Kosten wären zu enorm. Mit diesem Argument langte er allerdings voll daneben. Die Gelder kommen, laut Schimmang (SPD), aus Beiträgen der Eltern, aus Geldern des Senatsprogamms *Jugend mit Zukunft*, aus Sponsorbeiträgen und aus Eigeninitiative der SchülerInnen. Die vergangen drei Jahre haben die Schüler dafür auf dem Rixdorfer Weihnachtsmarkt Selbstgebasteltes verkauft und die Erlöse für die Reise erspart.

Antifa-Demo am 20. April

WGA - Wie in jedem Jahr fand auch diesmal wieder eine Demonstration in Kreuzberg statt, die vor allem von ImmigrantInnen organisiert wurde. Wie üblich wurde sie auch dieses Mal nicht von der Staatsmacht in Ruhe gelassen, so daß es unter den mehreren hundert Jugendlichen zu einigen Verletzten kam.

Neue Nazi-Zeitung

WGA - Eine neue nationalrevolutionäre Zeitung mit dem Titel ***Sleipnir*** ist in Berlin erschienen. Herausgegeben wird sie vom ***Verlag der Freunde***, der seinen Sitz in Kreuzberg hat.

Antifa-Demo in Marzahn

WGA - Am 21. April '95 demonstrierten rund 250 AntifaschistInnen durch Marzahn. *„Der 21. April ist nicht irgendein Tag, sondern der Tag, an dem vor 50 Jahren das erste Haus in Berlin von der Roten Armee befreit wurde. Dieses Haus steht in Marzahn an der Landsberger Allee. In Gedenken an die Opfer des 3. Reichs wollen wir durch Marzahn demonstrieren".* So im Aufruf der AG ***Autonome in und bei der PDS***. Außerdem riefen die ***JRE Marzahn*** und die ***VVN*** zur Demo auf. In und bei der Demo kam es öfter zu Zwischenfällen zwischen Nazis und AntifaschistInnen. Als mehrere Faschisten am Rand der Demo mit Hunden auftauchten wurden sie mit Pflastersteinen beworfen und so vertrieben. Zu Streitigkeiten kam es es auch wieder mal zwischen einigen JRE-Ordner und Jugendlichen der unabhängigen Antifa, da diese keine Lust hatten sich der JRE unterzuordnen. Die Demo wurde mit einer Kundgebung beendet. Einige Stunden nach Demoschluß wurde ein 14jähriger von Rechtsradikalen überfallen, zusammengetreten und dabei schwer verletzt.

Schlägerei zwischen Hools und Antifas

BM 10.4.95 - Am 9. April '95 kam es nach einen Fußballspiel zu Auseinandersetzungen zwischen Hools und Antifas. Nach Angaben der Polizei waren gegen 17.50 Uhr etwa 25 Hooligans am S-Bahnhof Alexanderplatz in die S-Bahn gestiegen, verfolgt von etwa gleich viel Antifas. Bereits im Abteil kam es dann zu Auseinandersetzungen. Am Hauptbahnhof verließen die Hooligans die S-Bahn, um in ein Lokal an der Straße der Pariser Kommune zu gehen. Dort kam es später zu einer Schlägerei zwischen den Hools und etwa 40 Antifas bei welcher drei Jugendliche verletzt und einer ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Vier Leute wurden festgenommen.

Anschlag gegen Abschiebeknast

Presse 12.-15.4.95 - Die Berliner Polizei hat in letzter Minute einen Sprengstoffanschlag auf den Abschiebeknast in Grünau verhindert. Das Gefängnis in der Grünauer Straße in Köpenick wird derzeit für 24 Millionen DM umgebaut und soll Ende dieses Jahres fertig sein. Eine Polizeistreife hatte in der Nacht des 11. April '95 auf einem Parkplatz in der Rabindranath-Tagore-Straße in Grünau ein Auto aufgespürt, in dem sich vier als Bomben präparierte Feuerlöscher, die mit insgesamt 120 Pfund Sprengstoff gefüllt waren, befanden. Dabei lag ein Schreiben mit dem Text: *Vorsicht Lebensgefahr! Sprengung des Knastgebäudes! Das Komitee!* Vier Personen konnten flüchten. Darauf folgten acht Hausdurchsuchungen bei verschieden Menschen. Eine der Gesuchten meldete sich beim Staatsschutz, der Frau gehörte ein am Tatort gefundenes Auto, welches ihr gestohlen worden war. Sie wurde später freigelassen.

Abschiebehäftlinge ausgebrochen

Presse 15.-18.4.95 - Am 13. April '95 brachen zehn Abschiebehäftlinge aus dem Polizeigefängnis in der Kruppstraße 15 in Moabit aus. Die Häftlinge schauten Fernsehen, da bemerkten sie eine offene Tür zu einem Nebenraum, traten dort das Gitter ein, sprangen über den drei Meter hohen Zaun und flüchteten. Eine Großfahndung der Polizei blieb erfolglos. In den letzten Monaten hatte es von verschiedenen Organisationen und Parteien immer wieder massive Kritik an den unmenschlichen Bedingungen im Abschiebegewahrsam gegeben.

Ja zum Kirchenasyl

Taz 25./26.3.95 - Über 40 Kirchengemeinden in Berlin sind bereit, drohende Abschiebung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen durch die Gewährung von Kirchenasyl zu verhindern. Das ist für viele Gemeinden die Antwort auf die jahrelange Abschiebepraxis der Behörden. Mehrere Berliner Gemeinden haben sich nun dazu bekannt, Flüchtlinge untergebracht zu haben und wollen weitere Gemeinden ermuntern, ebenso zu handeln. Organisiert sind diese Kirchen seit letztem Jahr in dem eingetragenen Verein: ***Asyl in der Kirche Berlin***. Kontinuierlich wachse die Zahl der Mitglieder, so ein Sprecher, inzwischen sind über 70 Organisationen in diesem Netzwerk zusammengeschlossen.

Ab nach Marzahn

Taz 4.4.95 - Schon vor drei Jahren forderte der Zentralrat der Sinti und Roma ein gemeinsames Mahnmal für alle Opfer des Naziterrors. Bonner und Berliner Politiker aber entschieden sich für eine extra Gedenkstätte für die rund 500.000 ermordeten Sinti und Roma. Als Trost wurde dem Zentralrat gesagt, daß das Mahnmal dafür an einer zentralen Stelle errichtet wird, in der Nähe des geplanten Holocaust-Denkmals für die ermordeten europäischen Juden am Pariser Platz. Jetzt aber befürchtet der Regierende Bürgermeister **Eberhard Diepgen** eine *Inflationierung* von Gedenkstätten in der Nähe des Brandenburger Tors. Er sähe das Denkmal lieber am östlichen Stadtrand, da der *historische Aspekt* für Marzahn spreche. In Marzahn errichteten die Nazis 1936 ein Sammellager für Sinti und Roma, um die Hauptstadt *„zigeunerfrei"* zu machen. *"Zur Bekämpfung der Zigeunerplage"* wie es Reichsinnenminister **Frick** formulierte, verschleppte die Polizei ab Juli 1936 Sinti und Roma in die Baracken, von wo sie später in den Tod in die Konzentrationslager geschickt wurden. Ob die Gedenkstätte jetzt „abgeschoben" wird oder nicht, wird noch entschieden.

Antifa-Protest

Berliner Berichte - Der ***Bund der Antifaschisten Köpenick*** und die ***Interessengemeinschaft ehem. Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter und Hinterbliebener Köpenick*** schrieben Anfang März '95 einen offenen Brief an den Bürgermeister und die Bürger von Caiazzo bei Neapel, wo die Wehrmacht 1943 ein Massaker anrichtete, welches nach jüngsten BGH-Beschluß ungesühnt bleiben wird. Nach diesem wird der Nazi-Mörder **Wolfgang Lehnigk-Emden** nicht bestraft. Emden konnte durch einen Schreibfehler in den Kriegsverbrecherlisten fast fünfzig Jahre lang in der BRD unbehelligt leben.

Müller bleibt Landesvorsitzender

bnr 6/95 - Landesvorsitzender der ***Republikaner*** in Berlin bleibt **Dr. Werner Müller**. Einziger Gegenkandinat auf dem jüngsten Landesparteitag der REPs war der ehemalige Neuköllner Stadrat für Gesundheit **Bernd Bruschke**. Dieser war früher Beisitzer des Berliner REP-Landesvorstand.

Auszeichnung vom DGB

FR 7.4.1995 - Am 6. April 1995, wurden auf Initiative des DGB, für vorbildlichen Einsatz gegen Gewalt und Ausländerhaß zwei Berliner Eheepaare und eine Bürgerinitiative aus dem brandenburgischen Ort Velten mit dem „Band für Mut und Verständigung" ausgezeichnet.

Protest gegen Abschiebung

Taz 1/2.4.95 - Den Bundesgrenzschutz haben am Wochende des 1. und 2. Aprils Aktivisten des ***Aktionsbündnis für Bleiberecht*** am Bahnhof Zoo ausgetrickst. Das Bündnis, das von mehr als 15 Gruppen unterstützt wird, setzt sich dafür ein, daß jugoslawische Kriegsflüchtlinge nicht abgeschoben werden. Während ein Dutzend Aktivisten auf dem Bahnsteig mit einer spontanen Kundgebung gegen die drohende Abschiebung die wachsamen Sicherheitsbeamten ablenkten, brachte eine weitere Gruppe auf der Bahntrassen-Brücke ein Transparent mit der Aufschrift: „Kein Zug, kein Flug, kein Bus für die Abschiebung nach Jugoslawien" an. Derzeit sind 20.000 Menschen akut von der Abschiebung bedroht.



Nationales Schulungszentrum

AN 6/95 - Das ***Deutsche Kolleg*** begann am 26. März '95 unter der Leitung von ***Junge Freiheit***-Autor **Helge Drescher** und dem, sich selbst als „konservativer Revolutionär" bezeichnenden **Heiko Luge** einen Schulungszyklus zur „Neuordnung Deutschlands". Im Einführungskurs für den „Großraum Berlin" dozierte zum Thema „Reichsbürgerkunde" der Hamburger Privatdozent und ***DESG***-Vater **Dr. Reinhold Oberlecher**, der 1993 in seinen ***Staatsbriefen*** sein diktatorisches „100-Tage-Programm" einer „Nationalen Notstandsregierung" veröffentlichte. Oberlecher tritt in ***Europa Vorn*** einer vom ehemaligen ***JN/NPD***-Funktionär **Manfred Rouhs** herausgegebenen Zeitung, für eine verstärkte „Schulung nationaler Intelligenz" ein, damit diese zukünftig in der Lage ist, „die Hochburg des Bestehenden zu stürmen". Rouhs ist Mitglied in der ***Deutschen Liga (DL)*** und Herrausgeber von der Nazi-Zeitung ***Nation & Europa***. Er plädiert für die Gründung „autonomer Lokalgruppen", die in der Lage seien z.B. „mobile Spontandemos, Flugblattregen über belebten Plätzen, Diskussionsbeiträge auf Veranstaltungen des Gegners" und noch mehr durchzuführen. Für den 8. Mai '95 ist im Ramen des „Berliner Gesprächs" eine Veranstaltung mit „einem hochinteressanten Referenten", so das Deutsche Kolleg, vorgesehen.

R.A.S.H. in Deutschland

R.A.S.H. 4/95 - In Berlin hat sich nun die Deutsche Sektion von ***Red & Anarchist Skinheads (R.A.S.H.)*** gegründet. Warum? In der Gründungserklärung heißt es: *In einer Zeit in der unser Kult immer mehr mit Rassismus und Faschismus gleichgesetzt wird, in einer Zeit in der rassistische Gewalt an der Tagesordnung ist ... in einer Zeit in der gegen Nazis zu seien für viele Skins schon zu politisch ist wird es Zeit Flagge zu zeigen ... R.A.S.H. soll keine Spaltung oder Abspaltung sein, sondern nur eine Ergänzung zu* ***SHARP*** *(Skinheads gegen rassistische Vorurteile) und anderen Skin-Ideen.* Wer mehr über RASH wissen will schreibe an: R.A.S.H. - Germany, Wilhelmstr. 9, 10693 Berlin.

Anne-Frank-Ausstellung eröffnet

BeZe 18.4.95 - Die Fotoausstellung über das Leben und den Tod von **Anne Frank** ist seit dem 19. April '95 in der Magdalenkirche zu sehen. Rund 25. 000 BesucherInnen haben bisher die Ausstellung gesehen, die seit Dezember letzten Jahres in mehreren Berliner Bezirken gezeigt wurde. Die Fotoschau wurde von der holländischen ***Anne-Frank-Stiftung*** organisiert. Die Ausstellung war erstmal 1985 in Frankfurt am Main, anschließend in Amsterdam und New York gezeigt worden.

Kein Schutz für Heimbewohner

Taz 4.4.95 - Zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten **Hagen Saberschinsky** und der Ausländerbeauftragten **Barbara John** gibt es nach den Morden an fünf VietnamesInnen in Berlin Streit über die Schließung von Ausländerwohnheimen. In den vier Heimen wohnen nur noch wenige der ehemaligen vietnamesischen VertragsarbeiterInnen. Viele der regulären Mieter haben ihre Wohnungen an vietnamesische Asylbewerber untervermietet. Häufig leben bis zu 20 Personen in einer Dreizimmerwohnung. Während Barbara John die Heime auflösen will, um so die „Zigarettenmafia" zu stoppen (und damit den VietnamesInnen ihre oft einzige Verdienstmöglichkeit zu nehmen), nannte Innensenator **Heckelmann** als *„effiziente Dauerproblemlösung"* die Abschiebung von „Straftätern" und abgelehnten Asylbewerbern. Der Innensenator, die Polizei und die ***CDU***-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses wollen keine Schließung der Heime weil sie einerseits so die VietnamesInnen unter Kontrolle haben und anderseits die Polizei, bei ihren wöchentlichen Razzien, bislang wenigstens „Erfolge" bei der Beschlagnahmung von unverzollten Zigaretten vorweisen kann. Der Polizeipräsident lehnte selbst Johns Forderung nach Polizeischutz für die BewohnerInnen der Heime ab.

Bundeskongreß der BdV-Jugend

JF 14.4.95 - Der 12 Bundeskongreß der ***Junge Generation*** im ***Bund der Vertriebenen*** (BdV) fand vom 5. bis 7. Mai in Berlin statt. Ein Referant sollte laut der ***Jungen Freiheit*** u.a. **Prof. Hans-Hellmuth Knütter** sein. Dieser prägte in Kreisen der CSU/CDU den Begriff des Anti-Antifaschismus. Für Knütter ist der Antifaschismus der Hauptfeind der Demokratie und das letzte Zugpferd eines *linken Totalitarismus* dessen *kommunistische Untaten es nahe legen, nationalsozialistische Taten zu relativieren, und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen.* (Mehr zu Knütter im Antifa- Infoblatt #26 c/o L. Meyer Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin.) Andere Referanten sollte laut JF **Prof. Christoph Pan** und **Hans Klein** sein.

Mahnmal für homosexuelle NS-Opfer

BeZe 28.3.95 - Einige Homosexuelle fordern ein Mahnmal für die schwulen Opfer des Nazi-Regimes in Berlin. „In einem zentral gelegenen Ensemble von Mahnmalen für alle Opfergruppen soll das Erinnern an die nationalsozialistischen Verbrechen wachgehalten werden", erklärte ein Sprecher des Schwulenverbandes.

Brandenburg

Friedhof-Schänder gefaßt

MAZ 4.4.95 - Sie kamen in der Nacht und schändeten die Gräber von 21 russischen Soldaten, die in den letzten Tagen des Krieges im Nazi-Sperrfeuer in Alt-Ruppin ihr Leben ließen. Die Täter: Vier junge Männer aus der Gegend um Neuruppin, die Nacken ausrasiert, bekleidet mit Springerstiefeln und Bomberjacken. „Von außen kann man die Täter der rechten Szene zuordnen", so die Polizei-Pressestelle in Oranienburg. Anwohner des russischen Soldatenfriedhofs, vom Gegröhle aus dem Schlaf gerissen, alarmierten sofort die Polizei. Rasch rückte diese mit mehreren Wagen aus und nahm die vier Gewalttäter vorübergehend fest. Der leitende Oberstaatsanwalt **Erato Rautenbach** erklärte jedoch, daß es noch nicht sicher ist, ob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die vier Zerstörer erheben wird.

Nazi-Konzert

BeZe 22.4.95, WGA - Bei einem Konzert der faschistischen Skinheadbands ***Endstufe*** und ***Kahlkopf*** in Werneuchen kam es am 20. April '95 zu Ausscheitungen und Rufen faschistischer Parolen. Die Polizei nahm mehrere Nazis fest.

Nazis verurteilt

JW 23.3.95 - In Potsdam wurden am 22. März '95 zwei 21jährige Rechtsradikale vom Potsdamer Landgericht, wegen mehreren Attacken auf ausländische Menschen, zu Haftstrafen von viereinhalb sowie drei Jahren und drei Monaten verurteilt. Zwei Mittäter erhielten Strafen von zwei beziehungsweis eineinhalb Jahren auf Bewährung. Die Verurteilten hatten im September letzten Jahres mehrere Ausländer überfallen, beraubt und zusammengeschlagen.

Anklagen gegen Antifas

WGA - In Cottbus gibt es Anklagen gegen acht Antifas, ein Prozeß gegen sie steht kurz bevor. Anlaß ist ein Zusammenstoß von Antifas und FaschistInnen am 20. April vorigen Jahres. Dabei wurde das Fahrzeug der Faschos von den Antifas beschädigt (Scheiben zerstört, ein paar Beulen) und den Nazis gehörig Angst gemacht. Allerdings wurde von niemand ernsthaft verletzt. Da die Polizei sofort alarmiert wurde, konnte sie sich acht linke Aktivisten greifen. Gefesselt wurden diese zum Polizeipräsidium gefahren und noch während der Festnahmehandlung den Faschos gegenübergestellt. Natürlich „erkannten" diese die Festgenommenen wieder. Bis spät in die Nacht wurden alle ED-behandelt und dem Staatsschutz vorgeführt. Über Nacht wurde jeder der Antifas in eine Einzelzelle gesteckt. Erst am Nachmittag des 21. April wurden alle wieder freigelassen. Einer der Antifaschisten mußte jedoch vor den Haftrichter. Grund: Fluchtgefahr in Erwartung des hohen Strafmaßes. Es wurde Haftbefehl erlassen, aber mit Auflagen wieder aufgehoben. Vorgeworfen wird allen Festgenommenen tateinheitlich schwerer Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Es stellte sich heraus, daß die getroffenen Nazis der ***FAP***-Spitze von Berlin angehören. Diese treten als Zeugen und auch als Kläger auf! Darunter sind **Mirko Tambach**, **Jean-Rene Bauer** u.a.

Flüchtlinge verweigern Sachleistungen

ND,SZ 5./7.4.95 - Mit landesweiten Aktionen haben AsylbewerberInnen in Brandenburg gegen die Anweisungen von Sozialministerin **Regine Hildebrandt *(SPD)*** protestiert, kein Bargeld mehr auszugeben. Sprecher des Brandenburger Flüchtlingsrates äußerte sich *„die Umstellung auf Gutscheine für Sachleistungen sei entwürdigend für die betroffenen Asylsuchenden"*. Am 5.4.95 wurde ein Heim in Fürstenwalde besetzt und blockiert sodaß die Gutscheine nicht verteilt werden konnten. Am 7.4.95 befanden sich mehrere Asylbewerber im Hungerstreik.

Nazi-Schmierereien

SZ 12.4.95 - Wenige Tage vor dem 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen wurden in der Umgebung der Gedenkstätte von Faschisten Naziparolen geschmiert. Sie sprühten unter anderem Hakenkreuze und auf eine Straßenwalze das Wort „Judenwalze". Die Polizei weiß nicht, wer dafür verantwortlich ist.

Junge Union: "Berlin und Brandenburg zu Preußen"

JF 7.4.95 - Der stellvertretende Landesvorsitzende der ***Jungen Union (JU)***, Jugendorganisation der ***CDU***, **Alexander Richter** sprach sich dafür aus, daß im Falle der Vereinigung von Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Bundeslandes, dieses den Namen Preußen tragen sollte. Dieser Name repräsenziere keineswegs den assozierten deutschen Militarismus, sondern bleibende Werte wie Toleranz, Disziplin und Sparsamkeit, so Richter.

Hausdurchsuchungen bei Linken

JW 22.3.95 - Die Polizei durchsuchte am 21. März '95 in Forst acht Wohnungen von mutmaßlichen Linken. Die 18 bis 20jährigen Jugendlichen waren an einer Auseinandersetzung mit zehn rechtsorientierten Jugendlichen Anfang März beteiligt, teilte das Cottbusser Polizeipräsidium mit. Bei der Schlägerei wurde einer der Beteiligten erheblich verletzt.

Antifas festgehalten

WGA - Am Sonntag den 23. April '95 wurde um 9.30 Uhr ein Reisebus mit 33 AntifaschistInnen auf einem Parkplatz, ca. 8 km von Fürstenberg von der Polizei gestoppt und an der Weiterfahrt in die Gedenkstätte Ravensbrück gehindert. Die Gruppe aus Wuppertal wollte an den Gedenkfeiern anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung des KZ Ravensbrück teilnehmen. Im Vorfeld hatte die Gruppe die Gedenkstätte besucht und dort am Vortag Kontakt mit dem Lagerkomitee und den Organisatorinnen aufgenommen. Von ihnen wurde die Gruppe gebeten, zehn Frauen zu delegieren, die an der Kranzniederlegung teilnehmen sollten. Dazu hatte es ein kurzes Gespräch mit der ehemaligen Gefangenen und heutigen Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Ravensbrück, **Getrud Müller**, gegeben. Es wurde vereinbart, sich am Sonntag um 10 Uhr zu treffen, um den genauen Ablauf abzusprechen und die Anzahl der für die Kranzniederlegung benötigten Frauen festzulegen. Der Gruppe, die mit einem massiven Polizeiaufgebot festgehalten wurde, wurde nicht gestattet, Kontakt zur Lagergemeinschaft, Frau Müller oder anderen Organisatorinnen aufzunehmen. Die Begründung seitens der Polizei: „Der Veranstalter hätte kein Interesse an der Teilnahme der Gruppe". Der Bus mit 30 Personen wurde in das Polizeipräsidium Gransee verbracht, wo die Personalien der Insassen festgestellt wurde. Zwei begleitenden Journalisten wurde die Akkreditierung seitens der Polizei verweigert, ihnen wurde das Betreten des Geländes der Gedenkstätte untersagt. Sie wurden mit einem Platzverweis versehen und unter Androhung einer Inhaftnahme aus der Stadt eskortiert. Den Journalisten wurde zur Begründung gesagt, die Veranstalter hätten kein Interesse an ihrer Teilnahme, es wurde behauptet, sie seien zur Fahndung ausgeschrieben. Später wurde erklärt, der Fahrer der Journalisten wäre aufgefallen. Die nächste Behauptung war, daß die Akkreditierung verweigert wurde, da die Presseausweise gefälscht seien.

Bremen

Ermittlung gegen Polizei

JW 17./18.3.95 - Nach Ermittlungen gegen rassistische Hamburger Polizisten wird jetzt auch in Bremen gegen Beamte ermittelt, die immer wieder Afrikaner mißhandelt haben. Nach Informationen des ***Anti-Rassismus-Büros Bremen - ARAB*** - wurden in der Zeit zwischen Mitte '92 und Ende '94 etwa 400 Mal Schwarze gezwungen, ein Brechmittel zu schlucken, da man sie als Drogendealer verdächtigte. Diejenigen, die sich weigerten, wurden gefesselt und ihnen wurde mit Gewalt das Mittel zum Beispiel mit Hilfe einer Sonde eingeflößt. Einem Betroffenen wurde sogar mit Erschießung gedroht. Bereits 1992 wurde unter anderem durch das ARAB die Mißhandlung von schwarzen Jugendlichen Flüchtlingen auf Bremer Polizeiwachen veröffentlicht. Grundlage für die Maßnahmen der Beamten ist der § 81a der Strafprozeßordnung, der es erlaubt, körperliche Eingriffe gegen den Willen der Betroffenen zum Zweck der Beweissicherung vorzunehmen. Wenn „Gefahr im Verzug" ist, darf die Polizei selbst über einen solchen Eingriff entscheiden, ansonsten ist eine richterliche Genehmigung notwendig. Die wurde jedoch von den Polizisten fast nie eingeholt. Das ARAB fand heraus, das es eine Vereinbarung zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei gab, das Brechmittel „Ipecacuanha" ohne richterliche Genehmigung einzusetzen. Die Opfer der „Behandlung", so ARAB, sind ausschließlich Schwarze und die gezielte Auswahl erfolgte aus rassistischen Gründen. Gefunden wurde in den meisten Fällen nichts. Inzwischen wird gegen mehrere Beamte und einen Polizeiarzt ermittelt.

NICHT VERGESSEN:
AM 20. MAI IST "WAS GEHT AB?"-REDAKTIONSSCHLUSS:
FAX 030 / 694 67 95

Hungerstreik von Flüchtlingen

FR 19.4.95 - Die 370 BewohnerInnen eines Wohnschiffes für Flüchtlinge im Bremer Kohlehafen sind am 18. April '95 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie protestieren damit gegen das kasernierte, von der Gesellschaft isolierte Leben auf der „Embrica Marcel". Der Sprecher einer Unterstützergruppe sagte, die Verpflegung an Bord sei katastrophal. 370 Menschen müssen sich ein Telefon teilen, bekommen so gut wie keine Freizeitangebote und sind Polizeiwillkür ausgesetzt. Selbst bei kleinsten Anlässen werden die Leute wie Schwerverbrecher rambomäßig festgenommen, so der Sprecher. Neben einer besseren Versorgung fordern die Flüchtlinge, daß niemand länger als sechs Monate an Bord leben müsse. Ein Sprecher der Sozialbehörde sagte, das Schiff sei 1993 für fünf Jahre angemietet worden, um die Unterbringung von Flüchtlingen in Bunkern zu vermeiden. Jetzt müsse es aus Kostengründen möglichst voll belegt werden. Die Behörde bemühe sich aber um verbesserte Lebensbedingungen, soweit die finanziell und rechtlich möglich sei.

Hamburg

REP-Parteitag verhindert

AN 7/95 - Ein Landesparteitag der ***Republikaner*** sollte am 19. März '95 im Clubhaus des „SC Union 03" bei Diebsteich stattfinden. Dies wurde den Antifagruppen erst kurz vorher bekannt, darum konnte nicht mehr richtig mobilisiert werden. 20 Antifas tauchten bei den REPs auf, um das Treffen zu beenden. Bei den REPs waren etwa 60 Personen, fast keine Frauen und die meisten zwischen 40 und 55 Jahre alt. Zuerst gab es ein paar Rangeleien, dann standen sich REPs und Antifas einige Zeit gegenüber, bis die Polizei kam, die vom Kneipenwirt gerufen wurde. Der Wirt erteilte dann beiden Seiten Hausverbot, deshalb mußten auch die Faschos das Lokal verlassen. Der Parteitag konnte so nicht mehr stattfinden.

REPs fechten Wahl an

JW 21.3.95 - Die rechtsradikalen ***Republikaner*** hätten nach Ansicht des Vorsitzenden des Hamburger Verfassungsgerichtes, Wilhelm Rapp, zur Bezirksversammlungswahl am 19. September '93 zugelassen werden müssen. „Hier ist ein Wahlfehler eines staatlichen Wahlorgans gemacht worden", sagte Rapp zur damaligen Entscheidung des Hamburger Landeswahlausschusses am 20. März '95 zum Auftakt der Verhandlung über eine Wahlbeschwerde der REPs gegen die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl von 1993. Die Kandidaten für den Bezirk Bergedorf seien auf einer normalen Landesmitgliederversammlung gewählt worden, betonte Rapp. Die REPs wollen nun die Wahl für ungültig erklären lassen.

Demo gegen Übergriffe

AN 6/95 - Aus Protest gegen die kürzlich öffentlich gewordenen Übergriffe und Folterungen von Polizisten gegen Schwarze demonstrierten am 5. März '95 etwa 150 Menschen vor der Polizeiwache 11 an der Kirchenallee. Aufgerufen hatten die ***Black Students Organization*** und die ***Initiative Schwarzer Deutscher***. Von der Kirchenallee zog die Demonstration dann noch zum Rathaus. Die Polizei hielt sich zurück. Eine Gruppe von Demo-TeilnehmerInnen trug weiße Masken und war mit Spielzeugpistolen ausgerüstet. Sie stellten die Übergriffe öffentlichkeitswirksam nach, indem sie Schwarze auf den Boden warfen und auf diese „schossen". Vom Lautsprecherwagen aus wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich zu solidarisieren.

„Sittengesetz"

bnr 6/94 - Die in Hamburg vierteljährlich erscheinende ***Nordische Zeitung***, herausgegeben von der vom Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** geführten ***Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft e.V.***, gibt in ihrer letzten Ausgabe (Heft 1; 63. Jahrgang) ein 24 Punkte umfassendes „Sittengesetz unserer Art" heraus. Dort wird unter anderem verkündet: „Das Sittengesetz in uns gebietet Tapferkeit und Mut in jeder Lage, Kühnheit und Wahrhaftigkeit bis zur Todesverachtung gegen jeden Feind von Familie, Sippe, Land, Volk, germanischer Art und germanischem Glauben." Der Hauptverfasser Rieger dazu in der Nordischen Zeitung: „Die Artgemeinschaft hat jetzt als einzige uns bekannte heidnische Gemeinschaft der germanischen Länder eine umfassende Darlegung ihrer sittlichen Grundvorstellungen."

Behörden „ausländerfreundlicher"

SZ 7.4.95 - BehördenmitarbeiterInnen in Hamburg sollen „ausländerfreundlicher" werden. Wo das Gesetz Spielraum zulasse, sei „im Zweifel für den Ausländer zu entscheiden", heißt es in einem Verhaltenskodex des Leiters der Ausländerbehörde, **Peter Dauer**. „Wir versuchen kundenorientiert den Wünschen der Antragsteller so weit wie möglich entgegenzukommen", schrieb Dauer an die MitarbeiterInnen der Behörde. Die neue Grundorientierung beinhalte, „daß nichts zu Lasten der Ausländer getan werden darf, was nicht unbedingt notwendig ist".

Hessen

NPD-Abgeordneter wegen Hetze verurteilt

SZ 25.3.95 - Wegen Volksverhetzung ist der 64 Jahre alte Stadtverordnete der rechtsradikalen ***NPD*** in Kelkheim (Hessen), **Günter Seiffert**, zu einer Geldstrafe von 4800 Mark verurteilt worden. Die 10. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt hob damit einen erstinstanzlichen Freispruch auf. Der NPD-Stadtverordnete hatte 1993 während des Kommunalwahlkampfs in einer Postwurfsendung Sinti und Roma in Deutschland pauschal mit „Mafia, Asylbetrügern und

Ganoven aus aller Welt" gleichgesetzt. Dies sei geeignet, zum Haß gegen eine Bevölkerungsgruppe aufzustacheln, urteilte die Strafkammer.

Algerier im Hungerstreik

JW 22.3.95 - In der Woche vom 13. bis 17. März '95 befanden sich sieben algerische Häftlinge der Kasseler Justizvollzugsanstalt Wehlheiden im Hungerstreik. Sie protestierten gegen ihre Haftbedingungen, mangelnde Kontaktmöglichkeiten zu ihren AnwältInnen und drohende Abschiebungen. In Kassel sitzen zur Zeit 41 Menschen in Abschiebehaft. Algerische Abschiebehäftlinge hatten bereits im Juli '94 gegen ihre Haftsituation revoltiert.

Borchardt verurteilt

SZ 12.4.95 - Wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wurde am 11. Aprill '95 der langjährige Funktionär der inzwischen verbotenen rechtsextremen ***FAP***, **Siegfried Borchardt**, vom Amtsgericht in Seligenstadt (Kreis Offenbach) zu einer Strafe von 90 Tagessätzen á 20 Mark auf Bewährung verurteilt. Der 41jährige Dortmunder Ex-FAP-Landesvorsitzende und ehemalige Leiter der militanten ***Borussenfront*** hatte vor Gericht zugegeben, am 27. März '94 bei einer genehmigten Demonstration der FAP in Rodgau-Weiskirchen unter anderem „Schluß mit der Lüge, Schindler von der Bühne" gerufen zu haben. Die Polizei hatte ihn daraufhin als Wortführer vorübergehend festgenommen. Borchardt behauptete vor Gericht, er hätte sich inzwischen von der rechtsextremen Partei distanziert.

Anspruch auf Bargeld

SZ 5.4.95 - Die hessischen Kommunen müssen Asylbewerbern, die bereits länger als ein Jahr auf ihr Verfahren warten oder für die eine Duldung gilt, Hilfe zum Lebensunterhalt im vollen Umfang als Geldleistung zahlen. Sachleistungen, die im Rheingau-Taunus-Kreis gewährt werden, seien unzulässig, entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel. Die genannte Gruppe sei deutschen Sozialhilfeempfängern gleichzustellen, während sich Asylbewerber nach kürzerem Aufenthalt teilweise mit Sachleistungen zufriedengeben müßten.

Mecklenburg-Vorpommern

Wehrmachts-Deserteure

BeZe 6.4.95 - Mecklenburg-Vorpommern will mit einer Initiative im Bundesrat erreichen, daß die Urteile aus dem Zweiten Weltkrieg gegen desertierte Wehrmachts-Angehörige aufgehoben werden. Der Landtag in Schwerin forderte die Landesregierung am 5. April '95 zu einem entsprechenden Schritt auf. Außerdem sollen Betroffene und ihre Hinterbliebenen entschädigt werden. Dem Antrag von ***CDU*** und ***SPD*** stimmte auch die ***PDS*** zu.

Haftantrag gegen NPD-Funktionär

SZ 12.4.95 - Im Prozeß gegen den ***NPD***-Funktionär **Heinrich Förster** vor dem Schweriner Landgericht hat die Staatsanwaltschaft eine fünfjährige Freiheitsstrafe wegen versuchten Mordes, schwerer Brandstiftung und schwerem Landfriedensbruch beantragt (siehe auch WGA #4). Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein sei aktiv an der Planung des Angriffs auf ein Flüchtlingsheim in Bahlen bei Boizenburg im Juli 1992 beteiligt gewesen, sagte Staatsanwalt Wulf Kollorz. Der heute 67 Jahre alte Rentner habe dabei den möglichen Tod von Menschen billigend in Kauf genommen. Försters Verteidiger, der bekannte Hamburger Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**, wollte Freispruch beantragen. „Es war an ein Pogrom gedacht", sagte der Staatsanwalt. Nur dem Zufall sei es zu verdanken, daß niemand ums Leben kam. Außer von „dumpfem Ausländerhaß" sei Förster durch das Bestreben motiviert gewesen, den Anschlag für die NPD politisch auszuschlachten. Er sei zwar nicht selbst bei dem Anschlag dabeigewesen, nahm aber frühzeitig an der Planung des damaligen NPD-Kreisvorsitzenden **Rüdiger Klasen** teil. Außerdem habe er unter anderem zugesagt, „Verstärkung" aus den alten Bundesländern zu besorgen und im Falle von Festnahmen einen Rechtsanwalt zu stellen. Eine Woche vor dem Überfall sei mit Förster konkret über den geplanten Ablauf und den Einsatz von Molotowcocktails gesprochen worden. Noch unmittelbar vor dem Angriff habe Förster die Angreifer am Treffpunkt angefeuert. Der Verteidiger wollte geltend machen, Förster habe den Anschlag nicht geplant, sondern erst unmittelbar davor erfahren, als die Angreifer aber nicht mehr zu stoppen gewesen wären. Förster hatte in dem seit Februar andauernden Prozeß mehrmals seine Unschuld beteuert. Er sei immer „gegen Gewalt" gewesen, die von seiner Partei auch nicht gebilligt würde. Bei dem Anschlag hatten rund 30 jugendliche Rechtsextremisten das von etwa hundert Flüchtlingen bewohnte Gebäude mit Molotowcocktails, Baseballschlägern, Steinen und Stöcken angegriffen. Dabei entstand erheblicher Sachschaden, eine Frau erlitt einen Schock. Der Angreifer brachen den Angriff ab, als die Polizei eingriff. Der 27jährige Hagenower NPD-Funktionär Klasen ist als einer der Drahtzieher des Anschlags wegen versuchten Mordes zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden.

Niedersachsen

Mordversuch an antifaschistischem Jugendlichen

Antifa-AK Uelzen - Am 19. April '95 wurde in Uelzender Antifaschist **Olaf** von zwei Jugendlichen mit Messern angegriffen und verletzt. Eine Mütze in seiner Jackentasche rette ihm das Leben. Dadurch konnte der erste Messerstich nicht in den Körper eindringen. Ein weiterer Stich verletzte ihn im Gesicht. Später mußte er im Krankenhaus gehandelt werden. Die beiden Jugendliche gehören zu einer Gruppe von 14-18jährigen Jungen und Mädchen, die seit einigen Wochen am Bahnhof und am „Schnellen Markt" auffällig sind. Immer wieder wurden AusländerInnen und linke Jugendliche bedroht und zum Teil auch geschlagen. Anfang April wurde eine gehbehinderte Frau von Leuten aus dieser Gruppe angepöbelt und geschupst. Geprägt ist diese Gruppe durch besonders hohe Gewaltbereitschaft, Brutalität und exzessiven Alkoholkonsum. Die meisten von ihnen sind mit Messern bewaffnet. Einige dieser Jugendlichen sind eindeutig rechtsorientiert. Einige Male sind am Bahnhof Aufkleber der faschistischen ***NPD*** aufgetaucht. Genau dort, wo die besagten Leute immer sitzen. Der Wortführer dieser Gruppe ist der bekannte Nachwuchs-Naziskinhead **Danilo Buhl**. Zwei seiner Freunde sitzen wegen Mord zur Zeit im Knast. Am 8. April '95 drohte Danilo Buhl, daß Olaf „bluten würde". Dies war als klare Morddrohung zu verstehen. Am 19. April versuchten die beiden Jugendlichen, diese Drohung auszuführen. Es ist nicht das erste Mal, daß Olaf angegriffen worden ist. Seit 1989 wurde er mehrmals von Nazis überfallen. Schon im August 1993 und im März 1994 versuchten Nazis, ihn zu erstechen. Daneben gab es immer wieder Angriffe auf ihn, die als Mordversuche zu sehen sind, wie z.B. das Lösen der Radmuttern an seinem Auto. Seit 1989 (!) ist er Ziel faschistischer Angriffe. Maßgeblich daran beteiligt waren und sind Leute von der NPD sowie der verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***.

BdV-Aufmarsch

Tsp 28.3.95 - Ein Aufmarsch des ***Bundes der Vertriebenen (BdV)*** hat bei ***SPD*** und ***Grünen*** Empörung ausgelöst. Auf der Demonstration, an der über 5.000 Personen teilnahmen, wurden Transparente mit Aufschriften „Die Oder-Neiße-Linie ist Deutschlands offene Wunde", oder „Preußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?" und „Die Heimatvertriebenen verzichten nicht". Auf der Kundgebungsrede erklärte Niedersachsens stellvertretende BdV-Vorsitzende **Barbara Loeffke** die Vertreibung sei „die dunkelste Seite der deutschen Geschichte". Nach Ostverträgen und Einigungsvertrag bleibe „das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", aber nach der Vereinigung von „West- und Mitteldeutschland" setze der BdV auf friedlichen Wandel auch bei „unserem anderen Ziel". **Elfriede Hofmann,** Vorsitzende des Landesverbandes rief dazu auf, das „wertvolle deutsche Kulturgut" zu fördern und warnte vor „kulturellem Mischmasch mit anderen Nationen". Der Präsident des BdV, **Fritz Wittmann**, langjähriger ***CSU***-Bundestagsabgeordneter, wurde mit der Mahnung an die Tschechische Republik zitiert, „ein einvernehmliches Nebeneinander sei nicht möglich, wenn eine Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausblende." Es gebe „keinen Schlußstrich unter die Geschichte" Empörung löste vor allem das Grußwort des niedersächsischen ***CDU***-Vorsitzenden **Christian Wulff** aus, der sagte: "Sie sind ein Schatz unserer Gesellschaft, Sie sind ein Vorbild in unserem Land." Dazu der hannoversche SPD-Bezirksvorsitzende **Wolfgang Jüttner**: Wer so redet sei „kein Schatz, sondern eine Schande der Gesellschaft." Mit solchen Kräften dürfe man kein Arrangement suchen, wie es Wulff und der frühere Bundesinnenminister **Rudolf Seiters**, CDU, auf der Kundgebung versucht hätten. **Andrea Hoops**, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag warf Wulff vor, er habe allein schon durch seine Anwesenheit bei solchen Veranstaltungen revanchistisches Gedankengut aufgewertet, anstatt es zu ächten.

Selbstbedienung

AN 6/95 - Wegen möglicher Veruntreuungvon Parteigeldern ist **Werner Haase,** niedersächsischer Landesvorsitzender der ***Republikaner***, angezeigt worden. Über 13.000 DM seien aus der Parteikasse verschwunden, teilte der Gifhorner Kreisvorsitzende mit.

Kritik an Gutscheinen

AN 6/95 - Der Göttinger ***Arbeitskreis Asyl*** **e.V.** kritisierte die Absicht des niedersächsischen Innenministers **Glogowski**, die Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu verschärfen. Dadurch sollen alle Landkreise und Kommunen in Niedersachsen gezwungen werden, die Versorgung von Flüchtlingen ausschließlich durch die Ausgabe von Essensrationen oder sogenannten Wertgutscheinen zu bewerkstellingen. Begründet wird dies mit dem Bestreben, Flüchtlingen den Anreiz zu nehmen, möglicherweise aus wirtschaftlichen Gründen einen Asylantrag zu stellen. Als einen besonderen Zynismus bewertete der Arbeitskreis die Ankündigung Glogowskis, sich politisch für die Einbeziehung weiterer Flüchtlingsgruppen ins AsylbLG einzusetzen, darunter selbst Kriegsflüchtlinge. Der Arbeitskreis ruft die Bevölkerung dazu auf, sich mit den Flüchtlingen im Landkreis solidarisch zu zeigen und verstärkt an den Gutschein-Umtauschaktionen teilzunehmen.

REPs gegen Datenschützer

DESG-inform 2-3/95 - Die niedersächsischen ***Republikaner*** fordern die Abberufung des Datenschutzbeauftragten **Gerhard Dronsch**, der die Landesregierung Niedersachsen kritisierte, indem er meint, daß die Beobachtung der REPs mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach Gesetzeslage erlaubt sei. Die Landesregierung wies diese Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten zurück. Nach Meinung der REPs läßt die Gesetzesvorlage eine Beobachtung nicht zu, da sie weder extremistisch seien, noch antidemokratische Ansätze zu erkennen wären. Die REPs fordern die sofortige Abberufung des Datenschutzbeauftragten.

SPD fordert REP-Verbot

ND 5.4.95 - Bundesinnenminister **Manfred Kanther** ist von der ***SPD*** dazu aufgefordert worden, die ***Republikaner*** endlich als rechtsextrem und verfassungsfeindlich einzustufen. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, ***Peter Struck***, daß auch Bayern in seinem Verfassungsschutzbericht die Reps erstmals als „eindeutig rechtsextreme Partei" bewerte.

Nordrhein-Westfalen

Faschistischer Mord in Velbert!

Antifa-NRW-Zeitung 14.4.95 - In der Nacht des 4. Februar '95 wurde der Obdachlose **Horst Pulter** im Herminghauspark in Velbert-Mitte von einer siebenköpfigen Gruppe jugendlicher Rechtsradikaler zunächst brutal zusammengeschlagen und kurz darauf von einem der Beteiligten mit einem Messer erstochen. Bei den Tätern handelt es sich um **Remo Schonsky**, **Rolf Leimhaus**, **Peter Drucks**, **Andreas Brandt**, **Dennis Pahl**, einer Person mit dem Spitznamen „**Pansen**" sowie einem uns bisher Unbekannten. Die Jugendlichen waren zunächst auf die Idee gekommen, Schwäne zu quälen und zu ermorden, wie dies in diesem Park schon öfter passierte. Sie überlegten es sich dann aber anders, wählten einen Obdachlosen als Opfer und machten sich auf die Suche. Sie fanden ihn schlafend auf einer überdachten Bank. Einer der Täter sprang auf den Schlafenden und dann begannen sie gemeinsam, den Wehrlosen planmäßig zu quälen und mit gezielten Tritten zu traktieren. Die Gruppe ließ nach einiger Zeit von ihrem Opfer ab und verließ den Park. Zwei von ihnen, Peter Drucks und Rolf Leimhaus, blieben zurück. Die beiden kamen wenig später nach und machten einen „fertigen Eindruck". Drucks soll gesagt haben: „Ich habe Scheiße gebaut, ich hab dem noch einen reingedrückt". Alle sieben Beteiligten kamen erstmal in Untersuchungshaft, sind mittlerweile aber zum Teil wieder auf freiem Fuß. In der Presse, wie auch in Teilen der Öffentlichkeit, wurde das Problem des organisierten Neofaschismus in Velbert/Heiligenhaus mal wieder heruntergespielt bzw. verleugnet. Die Velberter Neonazi-Szene rekrutiert sich zumeist aus der Hooligan- bzw. Skinhead-Szene, die den Fußballvereinen RW Essen und MSV Duisburg nahestehen. Zu ihrem Umfeld sind 40 bis 50 Personen zu zählen. Der eigentliche Drahtzieher des organisierten Neofaschismus, Remo Schonsky, versucht seit geraumer Zeit die Hoolszene zu politisieren. Unterstützt wird er dabei u.a. von **Björn Kleineickenscheidt** aus Velbert-Birth. Schonsky, einer der Tatverdächtigen im Mordfall Horst Pulter, unterhielt Kontakte zur ***FAP*** in Essen, deren Treffen in einer Kneipe am Hauptbahnhof er regelmäßig besuchte. In Velbert organisierte er in Gaststätten wie z.B. dem „Wicküler Krug" (Elsbeeker Str. 12) in Velbert-Neviges Kameradschaftsabende, desweiteren organisierte er Zeltlager im Velberter Raum, bei denen er auch über Banküberfälle sprach. Vor kurzem wurde bekannt, daß vor dem Landgericht Wuppertal ein Prozeß stattfand, in dem sechs Nazis aus Velbert und Heiligenhaus zu Geld- und Haftstrafen verurteilt wurden. Letztere wurden allerdings zum größten Teil zur Bewährung ausgesetzt. Bei den Angeklagten handelte es sich um **Michael Kittler**, **Klaus Rosenberger**, **Harald Naderhirn**, **Volker Schemeitat**, **Andrea Zerwinski** und wiederum Remo Schonsky. Dessen Verfahren wurde we-

gen des Mordfalles als Horst Pulter abgetrennt. Die andere verhandelte Straftat liegt bereits fünf Jahre (!) zurück. Michael Kittler ist bekannt durch seine Mitgliedschaft in der ***Deutschen Alternative***. Er war bis vor kurzem in Iserlohn inhaftiert und wurde während dieser Haftzeit durch die ***HNG*** betreut. Darüberhinaus hatte er Kontakte zu dem ehemaligen FAP-Funktionär **Erhard Kemper**. Klaus Rosenberger, ebenfalls Mitglied der FAP, Ex-Mitglied der Naziskinband ***Groilemeiers***, war an der Besetzung eines leerstehenden Hauses in Velbert-Tönisheide im März '91 durch Naziskins beteiligt. Diese Besetzung wurde einige Zeit sogar von der Stadt geduldet. Harald Naderhirn (Ex-FAP'ler) nahm zusammen mit Rosenberger 1989 am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Wunsiedel teil. Volker Schemeitat und Andrea Zerwinski waren auch an der Hausbesetzung beteiligt.

Neonazis bleiben frei

AN 8/95 - Den Terror, mit dem Neofaschisten in Bochum und Wattenscheid im Jahr 1992 AntifaschistInnen einschüchtern wollten, ahndete die Dortmunder Staatsschutzkammer am 7. April '95 mit einem sehr milden Urteilsspruch. Das Strafmaß reichte von fünf bis zu 21 Monaten Haft, die sämtlichst zur Bewährung ausgesetzt wurden. Außerdem wurden Geldstrafen verhängt. Die höchste Strafe erhielt ein als Rädelsführer angesehenes Mitglied der Gruppe aus Essen. Im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft stuften die Richter die Gruppe ***Volkswille*** nicht als kriminelle Vereinigung ein. Die Begründung ist haarsträubend. So rechnete die Kammer die ersten Aussagen der Angeklagten vor der Polizei über feste Strukturen, die Geltung des Führerprinzips in der Gruppe, bundesweite und internationale Kontakte zu Faschisten „gesteigertem Geltungsbewußtsein" zu. Die wöchentlich stattfindenden „Stammtische" waren laut Urteilsbegründung nicht straff organisiert, man habe vielmehr im Kameradenkreis zusammensitzen wollen, private Probleme diskutiert und viel getrunken. So sei es dann im betrunkenen Zustand zu Sachbeschädigungen, der Verwendung verfassngsfeindlicher Kennzeichen, Bedrohungen und einem Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz gekommen. Tötungsabsichten gegen einen linken Antifaschisten hielt das Gericht ebenfalls für nicht erwiesen, obwohl vor zwei Jahren aus der Gruppe selbst entsprechende Aussagen kamen. Die während der Urteilsverkündung anwesenden AntifaschistInnen waren über den Spruch empört. Die Gruppe „Volkswille" gehört zur ***Anti-Antifa*** und verstand sich langfristig als Teil eines Reorganisationsversuches der ***NSDAP***. Sie hatte Verbindungen zu Leuten wie **Christian Worch** und **Thies Christophersen**, die eine wichtige Rolle im Nazi-Netzwerk spielen. Ihre führenden Mitglieder wurden im Dezember 1992, wenige Tage vor einem Treffen mit Mitgliedern des ***Ku Klux Klans*** verhaftet. Die gefundenen Sprengstoffvorräte reichten nach Ansicht der Bochumer Polizei aus, um „halb Bochum in die Luft zu jagen". Und vor der Tür zum Gerichtssaal hatte sich nocheinmal gezeigt, wie „unstrukturiert" die Gruppe auftrat: Alle Angeklagten erschienen vermummt und griffen anwesende Pressevertreter an. Die mitgeführten Schilder „Die Presse lügt", aus vielen Nazi-Aufmärschen bekannt, erhielten sie wohl zufällig... Gegen das Urteil wird die Staatsanwaltschaft möglicherweise in die Revision gehen. Pikanterweise hat der gleiche Vorsitzende Richter im vorigen Jahr ebenfalls Neonazis vom Vorwurf der Bildung einer kriminellen vereinigung freigesprochen und die politische Dimension ihrer Taten verharmlost. Dieses Urteil ist vom Bundesgerichtshof aufgehoben worden.

REP-Landesparteitag unter Polizeischutz

AN 6/95 - Am Samstag, den 4. März '95, tagten die ***Republikaner*** in Düren-Niedergau, um eine Landesliste für die Landtagswahl NRW am 16. Mai 95 aufzustellen und den Worten ihres Vorsitzenden **Schlierer** zu lauschen. Leider nahmen nur 100 bis 120 AntifaschistInnen die Gelegenheit wahr, ihren Protest gegen dieses Nazitreffen zum Ausdruck zu bringen. Der Landesinnenminister NRW Schnoor befand es seinerseits für richtig, 500 PolizistInnen zu dem Zwekke zu mißbrauchen, die REPs vor diesen Protesten zu schützen. Bei diesem Kräfteverhältnis war klar, daß der Parteitag der REPs ohne Störungen ablaufen konnte. Die DemonstrantInnen wurden hinter eine Barriere geprügelt und dort in Schach gehalten. Im Vorfeld hatte es Stellungnahmen der berüchtigten Gemeinschaft der Demokraten gegeben, die ein eindeutiges „Wir sind dagegen, die Details regelt die Polizei" schmetterten. Am weitesten lugte der ***DGB*** hervor, der „das Feld nicht den Chaoten überlassen" wollte und eine ca. 5 Personen starke Delegation an den Ort des Geschehens schickte. Wer ansonsten diese geballte Anti-REP-Front am Samstag erleben wollte, mußte schon das Radio anschalten, um deren Stellungnahmen mitzukriegen. Irgendeine Polizeikontrolle hatteeinen Wagenheber gefunden und konnte damit das Bild der schlimmen Chaoten bedienen. Wie nicht anders zu erwarten, erschienen die REP's dagegen als bieder. Eine besondere Lachnummer waren die durchaus zahlreichen polizeieigenen Aufkleber gegen Ausländerfeindlichkeit und rassistische Gewalt. Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps. Mit dieser Einstellung hatten (Polizei-)Beamte schon einmal die Demokratie zu Grabe getragen. In dieser Tradition schützten sie heuer das Recht der REP's, die Brandfakkeln zusammenzustellen, die sie dann jugendlichen Anhängern in die Hand drückten...bis zu den Lichterketten und dann das Ganze von vorn. Der Einsatzleiter der Polizei verkündete: „Also, wir werden das durchsetzen. Klar. Da gibt es keine Abstriche. Wir wollen keine Prügelorgie. Wenn Sie ein bißchen mitspielen, wird es schon ohne Blutvergießen gehen. Aber sie müssen ein bißchen mitmachen. Ich versteh'ja, daß sie nicht einfach weggehen. Aber ein bißchen mitmachen sollten Sie schon. Gruppe 1 marsch!" und dann gab es erstmal Senge. Das nennt man Deeskalationspolitik der NRW Polizei. In der Presse steht, daß die Chaoten danach nach Stolberg reisten. Hintergrund ist, daß seit Wo-

Demo in Büren

Anläßlich des 8. Mai rufen wir zur Demo am größten Abschiebeknast der BRD auf. Denn dieses Sondergefängnis, das zehn Kilometer von Büren mitten im Wald liegt und die Vorgänge im Innern hinter einem fünf Meter hohen Betonwall versteckt, symbolisiert alles, was deutsche Vertreibungspolitik und Rassismus kennzeichnen: Ghettoisierung, Aussonderung, Demütigung und Gewalt auf vielfältige Weise, sowie eine deutsche Bevölkerungsmehrheit, die wieder einmal von nichts etwas wissen will. Auf der anderen Seite zeigt der Knast aber auch den Widerstand, den Flüchtlinge allerorts und selbst unter den brutalen Bedingungen der Abschiebehaft leisten. Immer wieder kommt es zu Protestaktionen einzelner Gefangener, revoltierten ganze Gruppen gegen ihre Inhaftierung und drohende Abschiebung. Mit der Demo am 7. Mai sollen die Flüchtlinge unterstützt werden. Der Knast und die Politik, die er versinnbildlicht, soll ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Wir wollen das Schweigen durchbrechen und zeigen, daß Widerstand möglich ist.

Treffpunkt:

Sonntag, 7. Mai '95, 13 Uhr

Feuerwache Büren

Weg mit den rassistischen Sondergesetzen. Weg mit dem Ausländergesetz. Keine Abschiebungen - Keine Abschiebeknäste. Es wird ein Bus von Paderborn aus nach Büren fahren. Abfahrt ist am Maspernplatz um 11.30 Uhr. Fahrkarten können im Infoladen vorbestellt werden. Musikinstrumente mitbringen! Kontakt: Infoladen Paderborn, Borchener Straße 12, 33098 Paderborn, Tel.: 05251/730337

chen für den Samstag eine Demonstration unter dem Motto „Gestern vergast - heute abgeschoben - Bleiberecht für Roma" angekündigt war. An dieser Demo nahmen ca. 150 Personen, darunter zahlreiche Roma teil. Vor dem Bahnhof in Stolberg wurde ein Mahnmal eingeweiht, das in Form des zerbrochenen Wagenrades auf einer Eisenbahnschiene an die Verschleppung von 36 Roma aus Stolberg nach Birkenau vor genau 50 Jahren erinnert. Die Bundesbahn hat dem zwar noch nicht zugestimmt, wird sich aber dem öffentlichen Druck nicht entziehen können. Auch hier bestätigt sich, daß die konservative CDU-orientierte Presse solche Aktivitäten neutraler darstellen kann als die sozialdemokratische Konkurrenz. In den Stolberger Nachrichten wurden 100 Demonstranten einfach verschwiegen, die Teilnahme der Roma heruntergespielt, alle Aussagen der RednerInnen als sogenannte dargestellt und die überdimensionale Präsenz der Polizei (300) in den Mittelpunkt nicht der Kritik, sondern der Berichterstattung (Überschrift) gestellt.

NPD-Landesparteitag

AN 7/95 - Wie erwartet fand am 19. März '95 auch in diesem Jahr der nordrhein-westfälisache Landesparteitag der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD)*** in Essen statt. Seit 1990 konnte die Partei sich damit in jedem Jahr in Essen treffen, um über ihre Politik auf Landesebene zu beraten. Sechs Mal hintereinander konnte sie in dieser Stadt z.B. landesweite Hetzkampagnen gegen Menschen ohne deutschen Paß planen. Und dabei ist sie nicht ungefährlich: Gerade in NRW sind etliche Kader der verbotenen ***FAP*** in die NPD oder in die ***Jungen Nationaldemokraten*** eingetreten. Gut 100 AntifaschistInnen demonstrierten in Essen-West spontan gegen den Parteitag. Die Gerüchte über den Tagungsort erwiesen sich jedoch als falsch. Inzwischen steht fest: Die NPD traf sich in der Gaststätte „Freizeitheim" in Essen-Kray. Die Räume wurden nach Aussage des Wirtes erst am Tag vorher angemietet. Wer sich eingenistet hatte, wurde ihm angeblich erst klar, als kurz vor Beginn der Versammlung die NPD-Fahne entrollt wurde. Trotzdem warf er die TeilnermerInnen nicht raus, da sie schließlich „diszipliniert und ruhig" waren, wie er in der Presse angab.

Rechtsradikale verurteilt

SZ 22.3.95 - Das Landgericht Paderborn hat drei Rechtsradikale wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen verurteilt. Die 25 bis 29 Jahre alten Männer waren 1992 mit anderen vor einem Übergangswohnheim im ostwestfälischen Bad Driburg aufmarschiert und hatten fremdenfeindliche Parolen wie „Ausländer raus" oder „Wir wollen keine Asylantenheime" gegröhlt. Der 29jährige Rädelsführer muß 5.000 DM zahlen, seine beiden Komplizen jeweils 2.500 DM. Das Schöffengericht Höxter hatte sie im Dezember 1993 von bis zu 9.000 DM wegen Volksverhetzung verurteilt. Eine Paderborner Landgerichtskammer sah in dem Aufmarsch jedoch keinen Angriff auf die Menschenwürde der ausländischen Heimbewohner und hob das Urteil auf. Richter Rudolf Siepmann sprach damals von einer „verbalen Kurzform für das, was viele Bundesdeutsche meinen, nämlich daß zu viele Ausländer hier leben". Daher habe es sich um eine „grundgesetzlich geschützte Meinungsäußerung" gehandelt. Dieses Urteil hob das Oberlandesgericht Hamm auf.

Haftstrafe für Nazi

AN 6/95 - Zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und vier Monten ist der Neonazi **Torsten de Vries** verurteilt worden. De Vries war Vorsitzender des inzwischen verbotenen ***Deutschen Kameradschaftsbundes*** und wegen Raub und gemeinschaftlicher Körperverletzung angeklagt. Er hatte im August '93 sein bereits am Boden liegendes Opfer zusammengetreten und beraubt.

Solingen-Prozeß: Angeklagter widerruft Geständnis

SZ, ND 22.3./4.4.95 - Der im Prozeß um den Brandanschlag von Solingen angeklagte **Markus Gartmann** hat sein Geständnis, mit **Felix K.** und **Christian B.** zusammen das Haus der türkischen Familie Genc angezündet zu haben, überraschend widerrufen. Ferner sagte er, die beiden hätten mit der Tat nichts zu tun. Pfarrer **Kurt Feisel** sagte, Gartmann habe ihm gegenüber bereits zwei Monate nach der Tat am 27. Juli 93 seine Unschuld beteuert und erklärt, daß er ein falsches Geständnis ablegen würde. Feisel betonte, er habe ihm geraten, vor Gericht die Wahrheit zu sagen, da er sonst Unschuldige belasten würde. Doch im Dezember 94 habe Gartmann alle Gespräche abgebrochen.

Nazi-Schmierereien

KSA - Anfang März fanden die Mitarbeiter der Kölner Stadtverwaltung verklebte Schlösser und ausländerfeindliche Schmierereien an der Jabachhalle vor. Sie mußten einen Schlüsseldienst rufen. Ingeborg Göllner, Kandidatin der Grünen für das Ausländergremium, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen beiden Vorkommnissen.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus

bnr 6/95 - In der März-Ausgabe von ***Nation und Europa (NE)*** wird ein „Buchenwaldtreffen" der ***Vereinigung der Opfer des Stalinismus*** angekündigt. Vorsitzender der seit 1950 bestehenden Vereinigung ist **Klaus Schmidt**, Stellvertreter sind **Bernd Pieper** und **Erhard Göhle** (Unterzeichner des ***Berliner Appells***). Geführt wird der Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Horst Hölig**, der als ehemaliger Funktionär der ***Deutschen Volksunion (DVU)*** 1991 den Aufruf zur Gründung der ***Deutschen Allianz*** (heute: ***Deutsche Liga für Volk und Heimat***) unterzeichnete. Im Vorstand vertreten ist auch **Wolfgang Wenske**, der 1989 für die ***Republikaner*** in den Kölner Stadtrat gewählt wurde. Sprecher des Hamburger Landesverbandes ist **Baldur Jahn** (Unterzeichner des Berliner Appells), der zeitweilig Präsidiumsmitglied der ***Deutschen Sozialen Union*** war und sich als regelmäßiger Autor in der ***Jungen Freiheit*** und ***Criticon*** in einschlägigen Kreisen einen Namen gemacht hat.

Parteitag der UAP

bnr 6/95 - Auf dem 17.Parteitag der am 21. Januar gegründeten ***Unabhängigen Arbeiter-Partei e.V. (UAP; Deutsche Sozialisten)*** wurden in Bochum unter anderen **Erhard Kliese** (Essen), **Ulrich Villmow** (Hattingen/Ruhr), **Heinz-Werner Walkenhorst** (Hattingen/Ruhr), **Franz Muhri** (Bochum), **Horst Bosbach** (Bochum) und **Rainer Weber** (Kaarst bei Düsseldorf) in den Bundesvorstand gewählt. Als Organ der Partei dient die ***Reichs-Arbeiter-Zeitung - sozialistisch - national***, die im Auftrag des UAP-Zentralbüros (Sitz Essen) im 33. Jahrgang herausgegeben wird. Als mehrfacher Gastkommentator des Parteiblättchens ist u.a. **Hans-Günter Fröhlich**, Großkomptur der ***Tempelhofgesellschaft***, die dem Gedankengut des „Esoterischen Hitlertums" nahesteht, hervorgetreten. Die Partei, die nur noch im Ruhrgebiet über eine kleine Anhängerschaft verfügt, versteht sich als „einzige deutsche Arbeiterpartei im sozialrevolutionären Geist Lasalles und im nationalrevolutionären Geist Strassers" - so der Nationalrevolutionär **Günter Bartsch** in ***Criticon***. Völlig bedeutungslos ist die UAP-Nachwuchsorganisation ***Blaue-Adler-Jugend (BAJ)***, die am 10. Dezemder 1967 gegründet worden ist. Prominentestes Mitglied des UAP-Zentralbüros war **Wolfgang Strauß**, heute Redakteur der rechtsextremen Monatszeitschrift ***Nation und Europa (NE)***.

Urteil gegen Deutsche Liga aufgehoben

JW 22.3.95 - Das Urteil wegen Amtsanmaßung und Beleidigung gegen die ***Deutsche Liga***-Aktivisten **Bernd Schöppe** und **Alfons Eller** wurde vom Oberlandesgericht Köln wieder aufgehoben. Die beiden hatten im März '93 mehrere tausend Steckbriefe verteilt und plakatiert, die zur Ergreifung einer in Köln lebenden Romni (Romafrau) aufriefen. **Nidar Pampurova** wurde in den Steckbriefen als Scheinasylantin bezeichnet. Demjenigen, der sie ergreift wurden 1000 Mark Kopfgeld versprochen. Der Steckbrief war in seiner Form so aufgemacht, daß man ihn für einen amtlichen Aufruf hielt. Nach ihrer Abschiebung im

Jannuar '95 bei der sie von ihrer, in Deutschland lebenden, Familie getrennt wurde, gelang es ihr mit der Unterstützung deutscher HelferInnen wieder nach Deutschland einzureisen. Die beiden Angeklagten wurden bereits verurteilt, da die 4. große Strafkammer des Landgerichts der Ansicht war, daß der Ausdruck Scheinasylant allein schon den Tatbestand der Beleidigung erfülle, da die Formulierung den Eindruck erwecke, daß Frau Pampurova sich von vornherein in der Erkenntnis nach Deutschland begeben habe, einen völlig unbegründeten Asylantrag zu stellen. Die Richter des Kölner Oberlandesgerichtes sahen dies jedoch anders. Der Begriff erkannter Scheinasylant habe im allgemeinen Sprachgebrauch keine Standartbedeutung. Er könne sowohl Personen bezeichnen, „die im Bewußtsein ihrer asylfremden Motive nach Deutschland einreisten", als auch „Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde". Dazu die Deutsche Liga in einer Presseerklärung:"Unser ausdrücklicher Dank gilt den Richtern, die in Zeiten, in denen immer wieder von bestimmten Kreisen immer wieder versucht wird, die richterliche Unabhängigkeit durch öffentlichen Druck einzuschränken, den Mut gefunden haben, ein unsere Rechtsauffassung bestätigendes Urteil zu fällen."

Algerier legten Feuer in Abschiebehaft

SZ 22.3.95 - Bei einem Brand in einem Gefängnis für Abschiebehäftlinge in Büren (Ostwestfalen) sind sieben Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, hatten sechs algerische Häftlinge den Brand in einer Zelle gelegt. Auch die Löscharbeiten wurden massiv behindert.

Ghanaerin soll abgeschoben werden

JW 4.4.95 - Mitte März war die Abschiebung von Joyselyn Owuso nach Ghana geplant. Die Frau ist im sechsten Monat schwanger und hatte bereits einige Zeit im Frauen-Abschiebeknast Neuss nahe Düsseldorf verbracht. Mit ihrer Gegenwehr hatte sie den ersten Abschiebeversuch verhindern können. Kurz danach stand der nächste Termin fest: Am vergangenen Freitag versuchten die Beamten des Ausländeramtes erneut, Frau Owuso abzuschieben. Eine Gruppe von UnterstützerInnen ließ nicht locker. Sie verteilte Flugblätter am Flughafen: „Wenn Sie dem Kapitän sagen, daß Sie gegen die Abschiebung von Joyselyn Owuso sind und das Flugzeug nicht eher betreten, bis sie wieder ausgestiegen ist, gibt es keine Verzögerung und sie bleibt hier". Ihr Mann, der in Wiesbaden lebt, hat Arbeit und einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Die beiden wollen heiraten, ihnen fehlt aber die Beglaubigung des Oberlandesgerichts für notwendige Dokumente. Die kann - nach Einschätzung der Behörden - eventuell noch Monate auf sich warten lassen. Frau Owuso soll deshalb „freiwillig" nach Ghana ausreisen und wieder einreisen, sobald die Papiere beglaubigt sind und dem Standesbeamten vorliegen. Sie will aber auf keinen Fall unverheiratet nach Ghana zurückkehren, außerdem will sie ihr Kind in der BRD zur Welt bringen, wo auch ihr künftiger Ehemann lebt. Was sich am Freitag hinter der Absperrung und im Flugzeug abspielte, ist nicht bekannt. Der Bundesgrenzschutz behauptete, Frau Owuso befinde sich in der Justizvollzugsanstalt Willich-Anrath, was aber nicht der Fall ist.

Brandanschlag vereitelt

SZ 30.3.95 - Nach einem versuchten Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Castrop-Rauxel hat die Polizei einen 17jährigen stark alkholisierten Tatverdächtigen festgenommen. Heimbewohner hatten eine mit Benzin gefüllte Cola-Dose unter einem geparkten Auto entdeckt und unschädlich gemacht.

REPs sammeln Unterschriften

bnr 6/95 - Das Parteiorgan ***Der Republikaner*** erscheint künftig unter Federführung des REP-Bundesvorsitzenden bis auf weiteres zweimonatlich mit reduziertem Umfang. Die nordrhein-westfälischen Republikaner sammeln derzeit Unterstützungsunterschriften, um an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 95 teilnehmen zu können. Bis 24. März müssen rund 17.000 Unterschriften zusammengekommen sein.

Rheinland-Pfalz

Fascho-Prozeß

ANNA #22 - Am 24. Februar '95 fand im Amtsgericht Kaiserslautern der letzte Verhandlungstag des Prozesses gegen den Rechtsradikalen **Volker Becker** statt. Becker war angeklagt, im April 1990 zwei Punx aus einem fahrenden Kleinbus heraus mit Leuchtspurmunition beschossen zu haben. Einer der Punx wurde von einem Pyro (Leuchtspurgeschoss) am linken Auge getroffen und so schwer verletzt, daß das Auge nicht mehr zu retten war. Das alles ereignete sich auf einer Autobahnauffahrt in Kaiserslautern, wo die beiden Punx trampten. Der Kleinbus der Nazis, ein Ford Transit SLS-ST 33, war auf dem Weg zu einem Konzert in die damals noch existierende DDR unterwegs. Mit von der Partie waren noch weitere bekannte Nazis, nämlich **Andreas Eich** aus Schiffweiler, der bis zum Verbot der ***FAP*** Landesvorsitzender von Saarland war, **Andre Korn**, **Willi Planinic** aus Wadgassen (Fahrer des Wagens), **Sascha Moritz** aus Saarbrücken, **Heiko Schuder**, **Stefan Gillner**, **Simon Willner** und **Alexander Niederhöffer**. Nach der Tat vereinbarten sie ein Schweigeabkommen, das aber keiner einhalten konnte. Denn erst durch seine Prahlerei machte Becker auf sich als Täter aufmerksam und nur so kam es schließlich zur Anklage gegen ihn. Vor Gericht stritt er alles ab und sagte aus, er wisse nicht wer der Täter sei. Als er aber von Steffan Gillner stark belastet wurde, sagte er plötzlich aus, daß dieser der Täter sei und wies alle Schuld von sich. Das Gericht glaubte ihm diese Version. Aufgrund der Tatsache, daß er schon „seit einiger Zeit nicht mehr polizeilich aufgefallen ist und die Tat schon so lange zurückliegt" (Richter Jung), bekam er nur 2 Jahre auf Bewährung, 350 Arbeitstunden und 5000 Mark Geldstrafe plus Prozeßkosten und die finanziellen Auslagen des Opfers als Strafe.

Saarland

Urteil wegen Friedhofsschändung

SZ 14.4.95 - Ein 20jähriger Rechtsextremist stand am 13. April '95 wegen Störung der Totenruhe, Volksverhetzung, unerlaubten Waffenbesitzes und dreifachen Diebstahls vor einem Saarbrükken Schöffengericht. In der Nacht zum 18. September '94 verwüstete und bemalte er 27 Grabmäler und das Holocaust-Denkmal auf dem jüdischen Friedhof in Neunkirchen. In gestochen scharfer Schrift malte er damals mit Farbe und Pinsel rechtsextremistische Zeichen und Parolen auf die Gräber. Er hatte Hakenkreuze, „Ignatz Bubis, Israel verrecke, wir kriegen euch alle", Wer beim Juden kauft, ist Volksverräter", „Nur für Arier" und „Juda verrecke" geschrieben. In seiner Wohnung fand die Polizei Bilder von Hermann Göring, Reichsadler, Hakenkreuze, ein Helm mit SS-Zeichen, eine Uniform und einen Zeitungsausschnitt über die Schändung eines Judenfriedhofs in Dresden. Außerdem stellten die Beamten eine Schußwaffe und ein „Emblem" zur Neunkirchener Reichspogromnacht sicher, auf das der Faschist, wie er selbst zugab, eine brennende Synagoge gemalt hatte. Ein Vertreter der Jugendgerichtshilfe äußerte sich zu seinem Werdegang. Er wisse aus Gesprächen mit ihm, daß er sich in die rechte Szene einordnet und an Veranstaltungen der rechtsextremen, mittlerweile verbotenen ***FAP*** teilgenommen hat. Parteimitglied sei er jedoch nicht. Der Angeklagte versuchte, die Grabschändungen herunterzuspielen. Gleich zu Beginn der Verhandlung war seine erste Äußerung: „Das ist aber keine Sache, die eine Freiheitsstrafe rechtfertigt". Später sagte er dann noch: „Ich dachte, daß sei ein verwilderter Friedhof und da gehe sowieso keiner mehr hin". Zudem behauptete der Faschist,

zur Tatzeit betrunken gewesen zu sein. Der Staatsanwalt sagte, die Äußerungen des Angeklagten würden seine Einstellung widerspiegeln. Er stufe die Grabschändungen nicht als schwerwiegendes Delikt ein. Aber vor dem Hintergrund der Geschichte des deutschen Volkes sei gerade diese Straftat die schwerste des Angeklagten. Auch daß der Faschist zum Tatzeitpunkt betrunken war, nahm der Staatsanwalt ihm nicht ab. Die Polizeifotos vom Tatort zeigen eine saubere und gestochen scharfe Schrift der Hetzparolen. Der Ankläger beantragte eine Jugendstrafe von drei Jahren. Die Richter folgten diesem Antrag. AntifaschistInnen aus der Region bezweifeln allerdings die These, daß der Faschist als Einzeltäter gehandelt habe. Zu keinem Zeitpunkt während des Prozessen wäre die Beteiligung anderer Nazis Thema gewesen.

Nazi-Schmierereien

AA/SB 18.4.95 - In der Nacht zum 16. April '95 wurden in Ringelsberg acht Häuser mit Nazi-Schmierereien besprüht. Neben Haken- und Keltenkreuzen wurden auch die Sprüche „Sieg heil" und „Juden raus" gesprüht. Vor allem die Neopostolische Kirche wurde schwer beschädigt. Der Sachschaden wird von der Polizei auf 25.000 DM geschätzt.

Sachsen

Neue Rechte

SZ 11.4.95 - **Heinz Eggert** (***CDU***) sächsischer Innenminister, hat sich für eine Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten ausgesprochen, nannte es aber verfrüht, von einem neuen Feld für den Verfassungsschutz zu sprechen. Damit widersprach er dem Düsseldorfer Innenminister **Herbert Schnoor**, der die Neue Rechte für gefährlicher als Rechtsextremisten alter Prägung hält.

Sachsen-Anhalt

Wehrsportgruppe ausgehoben

ND 4.4.95, JW 31.3.95 - Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchten am 29. März '95 bei Schönebeck in der Nähe von Magdeburg Wohnungen und Arbeitsstätten von 14 Mitgliedern einer rechtsextremistischen Wehrsportgruppe. Es wurden Schußwaffen, Uniformteile und Propagandamaterial unter anderem der ***NSDAP/AO*** sichergestellt. 13 Mitglieder der Gruppe im Alter zwischen 16 und 44 Jahren wurden vorläufig festgenommen, nach ihrer Vernehmung jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 3. April war nur noch ein 32jähriger Mann aus Bochum in Haft, der nach Angaben der Magdeburger Staatsanwaltschaft als Kopf der Gruppe gilt. Auch er sollte nach seiner Vernehmung wieder entlassen werden, „weil keine hinreichenden Haftgründe vorliegen", hieß es. Die Staatsanwaltschaft stuft die Gruppe eindeutig als rechtsextremistisch ein, gegen die Mitglieder wird jetzt wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt.

Krause wieder REP-Landesvorsitzender

bnr 5/95 - Die sachsen-anhaltischen ***Republikaner*** haben am 11. Februar '95 auf ihrem Parteitag in Haldensleben den stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden **Rudolf Krause** wieder als Landesvorsitzenden bestimmt.

Überfall auf Sudanesen

FR 28.3.95 - Am 27.März '95 sind in Magdeburg zwei Sudanesen von drei Jugendlichen verletzt worden. Die 14 bis 16 Jahre alten Täter bespuckten die beiden Sudanesen, ein Asylbewerber und ein Student, anschließend schlugen und traten sie sie. Einer der mutmaßlichen Täter zog ein Messer und verletzte ein Opfer leicht. Die Jugendlichen flüchteten, konnten jedoch wenig später gefaßt werden. Nach Polizeiangaben werden sie nicht der rechten Szene zugeordnet.

Sachsen-Anhalt duldet Bürgerkriegsflüchtlinge

SZ 5.4.95 - Sachsen-Anhalt will als erstes Bundesland allen Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina künftig eine Aufenthaltsbefugnis erteilen. Damit werde der diskriminierende Unterschied zwischen Aufenthaltsbefugnis und Duldung aufgehoben.

Schleswig-Holstein

Niedrige Haftstrafen für Synagogen-Brandstiftung

BeZe 15.4.95 - Das Oberlandesgericht Schleswig hat am 13. April '95 vier junge Männer wegen des Brandanschlages auf die Lübecker Synagoge zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß drei der Angeklagten in der Nacht zum 25. März '94 die Synagoge der jüdischen Gemeinde mit Brandsätzen angezündet hatten. In dem Gebäude hielten sich zur Tatzeit fünf Menschen auf, die sich unverletzt retten konnten. Der von der Bundesanwaltschaft in der Anklage unterstellte Tötungsvorsatz habe sich jedoch nicht nachweisen lassen, sagte der Vorsitzende Richter Hermann Ahrich. Die Angeklagten hätten nicht nachweisbar gewußt, daß in dem Gebäude Menschen lebten. Auch handele es sich nicht um schwere Brandstiftung, da die Angeklagten nicht gewußt hätten, daß das Zielgebäude eine Synagoge war. Ehrich verwies darauf, daß im Zweifel für den Angeklagten entschieden werden müsse. Trotzdem meinte er, „der antisemitische Charakter der Gewalttat war ihnen bekannt, schließlich bestimmte er das Ziel der Tat". Der Angeklagte **Stephan Westphal** wurde wegen Brandstiftung zu viereinhalb Jahren Haft, seine Mittäter **Boris Holland-Moritz** und **Nico Trapiel** zu drei Jahren und neun Monaten Jugendstrafe verurteilt. Ob Westphal oder Trapiel den Brand gelegt hätten, konnte nicht festgestellt werden. Der 22jährige **Dirk Brusberg** wurde wegen Beihilfe zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Seine Verteidigerin kündigte an, in die Berufung zu gehen. Auch Oberstaatsanwalt Klaus Pflieger erklärte, eine Revision gegen das Urteil werde gründlich geprüft. Die auch für Schleswig-Holstein zuständige jüdische Gemeinde Hamburg bezeichnete es als bedauerlich, daß die Täter nicht wegen versuchten Mordes verurteilt wurden. Ihr Geschäftsführer sagte, die Täter hätten wegen der Klingelschilder an einer der Türen davon ausgehen können, daß das Haus bewohnt gewesen sei. Dagegen erklärte der Lübecker Bürgermeister Dietrich Szameit, das Bemühen des Gerichts als lobenswert, den jungen Tätern ihre Zukunft nicht zu verbauen.

Schweigemarsch zur Lübecker Synagoge

SZ, JW 25.3.95 - Am Freitag, den 24.März'95 haben rund 3000 SchülerInnen bei einem Schweigemarsch dem Anschlag auf die Lübecker Synagoge vor einem Jahr gedacht. In vielen Redebeiträgen forderten sie ihre Altersgenossen zu Solidarität, Toleranz und Freundschaft mit Menschen andere Religionen auf. **Heinz Jaeckel**, der Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde begrüßte die Schüler vor dem Gebetshaus und dankte ihnen dafür, daß sie endlich ein Zeichen gegen den herrschenden Rechtsextremismus gesetzt hätten.

Feuerwehr-Party in KZ-Gedenkstätte

Tsp 29.3.95 - In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, wo in der Nazizeit mehr als 50.000 Menschen ermordet wurden, haben 23 Freiwillige

Feuerwehren aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen am 26. März '95 eine Party gefeiert. Es gab einen Bierwagen, einen Spielmannszug, Blasmusik und eine Rallye. Dazwischen hielt ein Pfarrer einen Vortrag über die Geschichte der Gebäude, in denen Menschen aus ganz Europa von der SS zur Zwangsarbeit getrieben und getötet wurden.

Thüringen

Naziskins verhaftet

Tsp, ND 27.3.95 - Am 27. März '95 wurden in Triptis und Umgebung 231 faschistische Skinheads aus 10 Bundesländern festgenommen, die zu einem nicht genehmigten Konzert der Band ***Foierstoß*** fahren wollten. Bei ihnen fand die Polizei Messer, Schlagringe, Schreckschußpistolen, Anhänger mit NS-Symbolen sowie Aufkleber u.a von der ***NSDAP/AO*** und Disketten mit rechtsextremen Propagandamaterial. Das Konzert konnte aber trotzdem in Ruhe vor knapp 150 Leuten in einer Triptiser Gaststätte stattfinden. Unter den Festgenommen befanden sich 51 Skinheads, die bereits unter anderem wegen Körperverletzung und Volksverhetzung einschlägig vorbestraft sind. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 30 Festgenommene wegen Verstoß gegen das Waffengesetz, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstrekkungsbeamte. Am 29.3. fanden daraufhin bei sechs Rechtsradikalen Hausdurchsuchungen statt, wo weitere Waffen entdeckt worden sind.

Hungerstreik in Kirche

SZ 30.3.95 - Sechs Flüchtlinge von der Elfenbeinküste haben, nachdem einer von ihnen einen Abschiebebescheid erhalten hatte, in einer katholischen Kirche in Altenburg einen Hungerstreik begonnen. Wie Pfarrer Georg Wanzek sagte, wollen die Flüchtlinge *„lieber hier sterben, als sich zu Hause erschießen zu lassen"*. *„Ich fühle mich belagert, werde aber als katholischer Geistlicher keine Gewalt anwenden"*, erklärte Wanzek außerdem.

Foto-Prozeß um Buchenwald

ND,SZ 5./6.4.1995 - Am 4. April 95 fand vor dem Amtsgericht Mühlhausen der Prozeß gegen drei rechtsextreme Jugendliche, zwei Männer und eine Frau, statt. Die drei hatten sich im Januar 1994 vor dem Krematorium der KZ-Gedenkstätte Buchenwald mit einem Schürhaken für Fotos posiert. Die Jugendlichen, die teilweise mit paramilitärischen Uniformen bekleidet waren, hatten mit dem Schürhaken in ehemaligen Verbrennungsöfen „herumgestochert" und auf dem Gelände den Hitlergruß gezeigt. Den Angeklagten wird unter anderem Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zur Last gelegt. Die Polizei hatte nach dem Vorfall in einer der Wohnungen umfangreiches Nazi-Propagandamaterial gefunden. Nach der nichtöffentlichen Verhandlung wurde das Verfahren gegen zwei der drei Jugendlichen (17 und 19 Jahre) ohne Auflagen eingestellt. Das Verfahren gegen den dritten Angeklagten (20jähriger Mann) wurde abgetrennt. Gegen ihn soll im Sommer neu verhandelt werden.

International

Österreich = auf dem Weg ins 4. Reich?

Was passiert zur Zeit in unserer Nachbarrepublik? Allein 14 Artikel hatten wir in den letzten fünf Ausgaben zu Österreich - meistens ging es um Bombenanschläge, Morde und Mordversuche, Wahlerfolge der Rechtsextremisten und deren Kungeleien mit der Polizei. Bereits heute gehen Antifaschisten ins Exil, weil sie ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Österreich 1995 erinnert immer mehr an Deutschland Anfang der 30er Jahre...

Hinrichtung eines Antifaschisten
Zwei Tote bei mysteriösem Anschlag auf Strommast

Infoblatt 2.3.95 - Seit Anfang April gibt es in Österreich drei Tote, bei denen offenbar Faschisten die Drahtzieher waren. Mindestens in einem Fall sind Neonazis als Urheber offensichtlich. Aber auch bei den anderen beiden Toten liegt eine Beteiligung nahe. Im ersten Fall wurde ein Mann hingerichtet, der offensichtlich für den antifaschistischen Journalisten Wolfgang Purtscheller gehalten wurde.

6.4.95: Mord im Innviertel

Zwischen dem 5. und 7. April 1995 bereiste **Wolfgang Purtscheller** das Innviertel in Oberösterreich, um dort eine Serie von Vorträgen über die Neonaziszene in Österreich zu halten. Das Innviertel gilt als eine der Regionen in Österreich, in der die braune Tradition am Tiefsten verwurzelt ist, insbesondere die Schulstadt Ried im Innkreis (14.000 Einwohner) gilt als braune Hochburg. In der dortigen „Jahnturnhalle" hält der Vorsitzende der F-Bewegung (vormals FPÖ) Jörg Haider seine alljährlichen Aschermittwochstreffen ab.

Am 6. April, einem Donnerstag, hielt Wolfgang Purtscheller einen Vortrag vor der neugegründeten Schüler-Antifa im Rieder Franziskusheim. Dieser Vortrag war sowohl in der Regionalpresse als auch mit Flugblättern und Plakaten breit und langfristig angekündigt worden. Um ca. 22.30 Uhr fuhren Purtscheller und sein Leibwächter ins Stadtzentrum, um im Kulturzentrum „KiK" Bekannte und Kollegen zu treffen. Zu diesem Zeitpunkt war im KiK noch eine von ca. 250 Jugendlichen besuchte Schülerparty im Gange, die um kurz nach 23 Uhr offiziell beendet wurde. Nach und nach machten sich die BesucherInnen auf den Heimweg. Unter den Besuchern dieser Party befand sich der 37jährige **Raimund Friedl**, ein arbeitsloser Bauarbeiter und Stammgast des KiK. Um ca. 23.10 Uhr verließ Friedl mit zwei Bekannten das KiK. Sie begaben sich in die „Extrabar", die keine hundert Meter entfernt liegt und neben dem KiK der einzig „alternative" Platz in der Stadt ist. Der Weg

vom KiK zur Extrabar führt auch durch eine enge und praktisch unbeleuchtete Gasse, in der sich auch die Bude der rechtsextremen Rieder Pennäler-Burschenschaft ***Germania*** befindet. Direkt gegenüber liegt der Braugasthof „Träger", in der Wolfgang Purtscheller während seiner gesamten Vortragsreise in der Region logierte und auch schon früher immer schon abgestiegen ist. Als Raimund Friedl sah, daß sich in der Extrabar keine seiner Bekannten aufhielten, machte er sich umgehend auf den Heimweg, der wiederum durch die besagte Gasse führt. Dort - nur 20 Meter von der Extrabar entfernt und fünf Meter von der Tür der Burschenschaft Germania entfernt, lauerten ihm seine Mörder auf. Durch einen einzigen gezielten Schuß ins Herz wurde Raimund Friedl praktisch hingerichtet. Zeugen, die unmittelbar nach Friedl die Extrabar verließen, sahen noch, wie zwei Männer, einer von ihnen mit extrem kurzen Haaren, den leblosen Körper Friedl hochhoben, um ihn direkt danach mit dem Kopf aufs Pflaster zu schleudern. Die beiden Zeugen versuchten, den leblosen Körper Friedls wiederzubeleben, währenddessen mischten sich die Männer unter die mittlerweile eingetroffene Schar der Schaulustigen und verschwanden danach spurlos.

Das kurz darauf eingetroffene Rote Kreuz konnte nur noch den Tod durch Herzschuß feststellen.

Das Opfer: Eine Verwechslung

Alles deutet daraufhin, daß Raimund Friedl das Opfer einer Verwechslung wurde und daß der Anschlag Wolfgang Purtscheller galt. Dafür sprechen mehrere Faktoren:

- Friedls Weg von der Extrabar nach Hause ist exakt derselbe Weg, den Wolfgang Purtscheller hätte nehmen müssen, um ins Hotel zu gelangen.
- Friedl hatte eine auffallende äußere Ähnlichkeit mit Wolfgang Purtscheller, vor allem mit jenem Outfit, welches sich Wolfgang Purtscheller für seine Fernsehauftritte zulegt. Auch trug Friedl ähnliche Kleidung wie Purtscheller an diesem Tage.
- Wolfgang Purtscheller steht seit längerer Zeit auf der Abschußliste der Neonazis. Er ist Autor mehrerer Bücher über die österreichische rechtsextreme Szene und schreibt für verschiedene Tageszeitungen und Magazine („Standard", „News" u.a.). Die Resultate von Purtschellers Recherchen führten wiederholt zu Festnahmen und Verurteilungen von Neonazis, u.a. sitzt ein Teil der Führungsriege der österreichischen Neonazigruppe ***VAPO*** aufgrund von Material, welches Purtscheller veröffentlichte, langjährige Haftstrafen ab.

Im Schreiben der Terrorgruppe ***Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)*** zeichnete diese Gruppe verantwortlich für das Bomben-Attentat auf die Roma in Oberwart vom 4. Februar '95, welches vier Todesopfer forderte. In diesem Schreiben fragten die Attentäter: „Warum Sie gegen die Journalisten [...] Purtscheller und sonstige Dauerverleumder so wenig unternehmen, ist übrigens auch verwunderlich."

Die Rolle der „Freiheitlichen" um Jörg Haider

Aber nicht nur der VAPO und der Bajuwarischen Befreiungsarmee war Purtscheller ein Dorn im Auge, sondern auch der Bewegung ***F (Freiheitliche)*** um Jörg Haider. Gerade in den Tagen vor dem Attentat in Ried startete die Haiderpartei eine beispiellose und hysterische Hetzkampagne gegen Wolfgang Purtscheller. So wurde in dringlichen parlamentarischen Anfragen sowohl Wolfgang Purtschellers Vortragstätigkeit an Schulen („linksradikale Agitation auf Steuerzahlerkosten") als auch sein Mitwirken an einer Expertise des renommierten ***Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW)*** über die Bekennerbriefe der BBA, angegriffen. Purtscheller und das DÖW hatten festgestellt, daß die der Haiderpartei nahestehende Zeitschrift ***Aula*** in manchen Leserbriefen eine mit den Bekennerbriefen weitgehend übereinstimmende Diktion und „Argumentation" verwendet wird. Dies führte am 2.3.1995 zur gerichtlichen Beschlagnahme der Abonnenten-Kartei der „Aula". Ein Beamter der Staatspolizei erklärte gegenüber der Illustrierten „News" (15/95), daß eine Gruppe von vier Aula-Abonnenten für die Tat in Frage kämen: „Auf alle vier paßt das Täterprofil, das wir bereits im Februar ausgearbeitet haben." Seitdem schießt die Aula aus vollen Rohren gegen Purtscheller und das DÖW. Die Expertise von Purtscheller und dem DÖW wurde mittlerweile durch ein weiteres Gutachten untermauert, an dem auch Experten des Bundeskriminalamt mitgewirkt hatten. Somit scheint außer Frage, daß die Täter von Oberwart im Umfeld der „Aula" und damit der F-Bewegung zu suchen sind.

Die Ermittlungen der Polizei

Wie auch bei vorausgegangenen Attentaten (unmittelbar nach der Bombe von Oberwart wurden die Romas selbst verantwortlich gemacht) zeigt die Polizei auch diesmal kein wirkliches Interessen an deren Aufklärung, bzw. an der Aufdeckung der politischen Hintergründe. Die Ermittlungen im Mordfall Friedl sind geprägt von ständigen Desinformations- und Vernebelungsversuchen. Erst wurde behauptet, es habe sich um einen Raubmord gehandelt, dann war es auf einmal eine Abrechnung im Homosexuellenmillieu und schließlich wurde er zum Zufallsopfer erklärt. Nichts von dem ist wahr. Friedl galt als schüchterner freundlicher Mensch, ohne die geringsten Affären und Skandale.

Die Ausführung der Tat deutet - selbst für Laien - eindeutig auf Profikiller hin, wonach ein „hausgemachtes" Motiv endgültig ausscheidet. Dieser polizeiliche Umgang muß auch im Kontext zu einem Vorfall am 22. September '94 gesehen werden. Damals wurde Wolfgang Purtscheller in Wien von Polizisten des Kommissariats Wien 10, die bekannt sind für ihre Nähe zur Haiderpartei, am Rande eines Polizeieinsatzes gegen Flüchtlinge erkannt, verhaftet und schwer mißhandelt. Seine journalistischen Unterlagen wurden widerrechtlich beschlagnahmt. An seinen damals erlittenen Verletzungen laboriert er heute noch. Haider bemerkte zu diesem Polizei"einsatz": „Es ist doch schön, wenn man so einen lästigen Linken einmal ein bißchen zur Räson bringen kann." Vier Tage nach dem Attentat auf Friedl, als die Zusammenhänge längst klar waren, wurde Wolfgang Purtscheller von der Polizei vernommen. Zu seiner Sicherheit wurde ihm von der Staatspolizei allen Ernstes angeboten. daß alle Stunde eine Streife des Kommissariats Wien 10 an seinem Haus vorbeischauen würde.

11.4.95: Mysteriöser Anschlag auf einen Strommast eröffnet die Jagd auf „linke" Bombenleger

Am 11. April 1995 wurden fünf Sprengsätze an einem Starkstrommast in der Nähe von Wien befestigt. Am 19. April fand ein Bauer zwei Leichen neben dem Mast liegend. Es handelte sich um **Gregor Thaler** und **Peter Konicek**, beides Aktivisten der kleinen linken Szene in Österreich. Einem Opfer wurde der Kopf weggerissen, der Schädel beider Leichen war zertrümmert. Beide Opfer waren fast bis zur Unkenntlichkeit (40%) verbrannt, bis auf die Personalausweise, welche nahezu unversehrt blieben. Eine weitere Spurensicherung fand nicht statt, da die Polizei

sich angeblich nicht in der Lage sah, die Sprengsätze zu entschärfen. So wurde der Strommast, samt den danebenliegenden Leichen, von der Polizei gesprengt. Laut offizieller Version der Polizei hätten die beiden Opfer versucht, den Strommast zu sprengen und dabei selbst ums Leben gekommen. Völlig untypisch für die Ermittlungsmethoden der österreichischen Polizei wurde die Biographie der beiden Opfer genauestens aufgelistet, an welchen Demonstrationen sie teilnahmen, welche Anwälte sie vertreten haben und die persönliche Bekanntschaft mit Wolfgang Purtscheller. Die ermittelnde Polizei legte weiterhin nahe, daß die die Sprengfalle des Strommastes Ähnlichkeit mit den Anschlägen auf die österreichische Bahn im Jahre 1991 und auf die Flughafenautobahn im Jahre 1989 aufwiesen. An der Urheberschaft der beiden Opfer für die Sprengfalle an dem Strommasten sind bei genauerer Untersuchung Zweifel angebracht. Die Leichen waren verbrannt, nur die Personalausweise nicht. Gregor Thaler war, laut Angaben von Freunden, dafür bekannt, grundsätzlich keinen Personalausweis mit sich zu führen. Peter Konicek wohnte in unmittelbarer Nähe des Tatortes, ein Umstand, der für die Ortswahl einer Sprengung eines Strommastes durchaus ungewöhnlich ist. Der Pkw der beiden wurde in Wien-Favoriten aufgefunden, ohne jedoch Spuren von Sprengstoff aufzuweisen.

21.4.95: Jörg Haider geht in die Offensive

Am 21. April '95 meldete sich Jörg Haider mit einer Pressekonferenz zu Wort. Er behauptete Wolfgang Purtscheller sei mit den „Tätern" persönlich bekannt. Bei der oben erwähnten Beschlagnahme seiner journalistischen Unterlagen durch die Wiener Polizei seien Unterlagen für den Bombenbau und Sprengstoffanleitungen gefunden worden. Weiterhin erklärte er: „Der befindet sich auf freiem Fuß, der unterrichtet unsere Kinder, da stimmt doch etwas nicht in diesem Land." An den Innenminister stellte er die Frage, ob Purtscheller „ein V-Mann des Innenministeriums" sei, weil er am 10. April 1995 im ORF-Abendjournal darauf hingewiesen hatte, daß weitere Anschläge der Neonazis bevorstünden. Außerdem behauptete er, daß die Freunde Purtschellers „gewaltbereite Linke" seien, „die nicht nach Östereich einreisen" dürften. Auch ein Teil der bürgerlichen Medien („Kurier") stimmte in diesen Chor mit ein und setzte den Anschlag auf den Strommasten mit der Sprengfalle von Oberwart gleich. Es wird über „linke Wehrsportgruppen" in Österreich berichtet, die es de facto nicht gibt. Die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung, „Die Kronenzeitung", veröffentlichte ein Phantombild des mutmaßlichen Täters von Klagenfurt, das einem der beiden Strommastopfer ähnlich sehe.

21.4.95: Paketbombenattrappe gegen Klagenfurter Theater

Unterdessen wird der Briefbombenterror der Nazis fortgesetzt. Am Freitag dem 21. April '95 wurde eine Paketbombenattrappe an das Klagenfurter Stadttheater adressiert (Absender aus Dresden). Die Regisseurin Konstanze Lauterbach inszeniert zur Zeit ein Bertold-Brecht-Stück am dortigen Stadttheater. Nazi-Postillen aus Österreich hatten ihr Umfeld zur Verhinderung der Aufführung aufgerufen.

In einer massiven Kampagne wird versucht, die Linken für die Bombenserie in Österreich verantwortlich zu machen. Dies ist als Befreiungsschlag Jörg Haiders und der im Land agierenden ***Werwolfgruppen*** zu werten, die in Bekennerbriefen bereits die Verantwortung für die Bombenanschläge übernommen hatten. Deutlich ist eine Arbeitsteilung zu erkennen: Jörg Haider hetzt, seine Seilschaften innerhalb der Polizei verschleiern, die Anhänger der „F" in den Medien unterstützen die Kampagne durch Wiedergabe von ungeprüften Falschinformation publizistisch und die „Werwolfgruppen" der militanten Neonazis versuchen Kritiker und Journalisten zu liquidieren. Insbesondere Teile des Polizeiapparates sind heute für die Regierung nicht mehr kontrollierbar. Die Demokratie Österreichs wird sturmreif geschossen, damit Jörg Haider, unbehelligt von journalistischen Recherchen, die Regierung übernehmen kann. Das Leben Wolfgang Purtschellers ist in Österreich gefährdet; ihm bleibt keine andere Möglichkeit als der Weg ins Exil.

Rechtsruck im Voralberg

SZ 4.4.95 - Bei den Kommunalwahlen im Bundesland Voralberg hat die ***Österreichische Volkspartei (ÖVP)*** ihre Stellung gefestigt und sich um einen auf 44 Prozent der Stimmen verbessert. Die Sozialdemokraten mit der ***SPÖ*** verloren über fünf Prozent und fielen somit hinter die faschistischen ***Freiheitlichen (F)***, ehemalige FPÖ mit Führer **Jörg Haider**, die sich um drei Prozent „verbesserten". Die SPÖ mußte sogar „rote" Hochburgen, wie zum Beispiel Bludenz, an die ÖVP abgeben. ***Die Grünen*** verloren fast zwei Prozent. **Ewald Stadler**, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Freiheitlichen im österreichischen Parlament, reicht dieser Stimmengewinn jedoch nicht für sein Vorhaben, in seiner Heimatgemeinde Mäder Bürgermeister zu werden.

Haider in der Steiermark

Tsp 30.1.95 - Bei den Kommunalwahlen am 26. März '95 in der Steiermark gewann **Jörg Haider**, Führer der Bewegung ***Die Freiheitlichen (F)***, an Stimmen dazu. Gegenüber der ***Österreichischen Volkspartei (ÖVP)***, den ***Sozialdemokraten (SPÖ)*** „verbesserten" sich die rechtsgerichteten Freiheitlichen mit 2,8% auf über 11 Prozent. Für ***Die Grünen*** gab es ebenfalls Stimmengewinne.

Geringe Haftstrafe

JF 7.4.95 - Angeklagt war der 24jährige **Walter Köhler** wegen NS-Wiederbetätigung und vermutlicher Schändung eines jüdischen Friedhofes. Doch für ihn kam es nicht so hart. Der Vorwurf der Grabschändung, bei der in Eisenstadt über 80 Grabsteine beschmiert wurden, konnte nicht verifiziert werden und der Richterspruch lautete auf zwei Jahre bedingte Haftstrafe (Bewährung).

Haft für Neonazi

JW 23.3./1.4.95 - Am 31. März '95 wurde der 31jährige Neonazi ***Hans-Jörg Schimanek*** jun. in Wien zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er war bedeutend daran beteiligt, Neonazi-Organisationen aufzubauen. Schimanek, Sohn des gleichnamigen niederösterreichischen Landtagsabgeordneten der ***Freiheitlichen (F)***, ehemals ***FPÖ***, war unter anderem Gründer der ***Kameradschaft Langenlois*** und Aktivist der ***VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition)***. Die Haftstrafe ist die höchste Strafe die gegen Nazis seit 1947 gefällt wurde. Weitere ausführlichere Infos zu Schimanek und zum Prozeß im TATblatt #6, zu beziehen über TATblatt, Gumpendorferstr.157/11, A-1060, für 15 ÖSchis.

Neue Polizeistruktur

FAZ 21.3.95 - Österreichs Staatspolizei (Stapo) soll aufgrund des mäßigen Erfolgs bei der Suche nach rechtsradikalen Terroristen reformiert werden. Innenminister **Löschnak** gab bekannt, daß es bei der Stapo eine „strukturelle Neuordnung" geben wird. „Extremismus, Radikalismus und Terrorismus" soll nun bereits im Keim erstickt werden. Dezentralismus, Regionalismus, Strafung der EBT (Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus) und Sonderkommissionen sind die neuen Pläne Löschnaks.

EU

Schengen - Die Grenzen sind dicht!

JW 25.3.95 - Am 26. März '95 trat das „Schengener Abkommen" in Kraft. In der Öffentlichkeit sowie in den Medien wurde dieser Vertrag, unterzeichnet von Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Portugal, Griechenland und Italien, als ein Schritt für ein neues, gemeinsames Europa gefeiert. Die Grenzkontrollen zwischen diesen Ländern fallen und die volle Freizügigkeit von Personen aus den Unterzeichnerländern ist gesichert. Die Personenkontrollen an Flughäfen und Fährstellen werden abgebaut. Zudem hat jetzt das „Schengen-Informations-System (SIS)" an Wichtigkeit gewonnen. Genau dieses System ist es auch, daß ermöglicht in sekundenschnelle „Auffälligkeiten" einer Person abzurufen, auch wenn diese Person nur als Verkehrsünder „aufgefallen" ist. In Deutschlad sind bisher 8.000 Terminals an das SIS angeschlossen. Dies bedeutet ein erneuter Schritt in Richtung Polizeistaat-

(West) Europa mit völliger Personenüberwachung. Eine weitere, jedoch viel menschenverachtende, Folge des „Schengener-Abkommens" ist die voranschreitende Abschottung West-Europas gegenüber dem Rest der Welt. Abschottung vor allem gegenüber Flüchtlingen und ImmigrantInnen. Während die Grenzen innerhalb der Unterzeichnerstaaten fallen, werden die Grenzen hauptsächlich gen Osten geschlossen; Grenzkontrollen verschärft, mehr und mehr Bundesgrenzschutz eingesetzt und innenpolitisch gegen sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge" gehetzt. Für viele flüchtende Menschen wird in Zukunft speziell an der Deutschen Grenze Schluß sein. Ebenso Gewerbetreibenden und HändlerInnen aus dem osteuropäischen Raum wird nun der Markt des reichen Westeuropas genommen. Auch die Bedingungen zum Erhalt eines Visums sind mit Inkrafttreten des Abkommens erheblich erschwert worden. Diese Tatsachen, der neuen Mauer um die Schengen-Staaten, wird als „Schönheitsfehler" von den Schengen-Ländern billigend in Kauf genommen.

Abschiebung nach Zaire

SZ 25.3.95 - Zum ersten Mal haben drei europäische Staaten gemeinsam „illegale" EinwanderInnen aus Zaire abgeschoben. Die Deportation der 44 Menschen wurden von Deutschland, Frankreich und den Niederlanden organisiert. 25 Zairer aus den Niederlanden und 6 aus Deutschland, wurden zunächst nach Paris geflogen, und dann mit weiteren 13 Flüchlingen abgeschoben. In Frankreich lebende Zairer protestierten gegen diese Abschiebungen. Es habe sich um Asylsuchende gehandelt, das Vorgehen der Behörden sei illegal.

Baltikum

Flüchtlinge wie Vieh behandelt

FR 6.4.95 - Die ehemaligen Sowjetrepubliken Lettland und Rußland schieben seit Wochen über 100 Flüchtlinge „hin und her". Im lettischen Grenzdorf Karsava steht ein Zug mit 106 meist irakischen Asylsuchenden, die Hälfte von ihnen sind Kinder, die Jüngsten erst ein paar Tage alt, sie wurden in diesem Zug geboren. Eine Toilette für 106 Menschen. Kälte, Ungewissheit über die Zukunft. „Wie Vieh", so rügte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) die Vorgänge ungewöhnlich hart. Die lettischen Behörden stört das nicht. In den baltischen Staaten gibt es keine Asylgesetzgebung, die Menschen werden als „Wirtschaftsflüchtlinge", die schnellst möglich abgeschoben werden müssen, abgestempelt. Daß sie triftige Asylgründe besitzen interressiert die Machthaber nicht. Flüchtlinge sind für sie „illegale Einwander". Neben Rußland und Lettland, lehnen auch Weißrußland, Litauen und die Ukraine die Flüchtlinge ab. Die vielleicht letzte Lösung für diese Menschen könnte Schweden sein. Der Versuch die Ostsee zu überqueren ging für sie jedoch schon einmal schief. In der Weihnachtsnacht '94 ging das Boot der Flüchtlinge vor der estnischen Insel Ösel auf Grund. Estland schickte sie wieder nach Lettland zurück.

Belgien

Wahlerfolg für Rechte

DESG 2-3/95 - Aus der Gemeindewahl am 9. November '94 in Antwerpen hat sich nun eine „Monsterkoalition" von Linken und Trotzkisten über Sozialisten, Grüne, Christdemokraten, Liberalen bis hin zu Volksunion-Nationalen (Volksunie-Nationale). Das bislang beste Ergebnis des rechtsextremen ***Vlaams Blok (VB)*** erzielten sie mit 28 Prozent der Stimmen und 18 von 55 Sitzen. Das sind 11 Prozent mehr als noch 1988 für die flämischen Unabhängigkeitsbewegung. Der VB ist mit diesem Ergebnis stärkste Fraktion in Antwerpens Stadtregierung. Sie wird gemeinsam mit der Seniorenpartei ***Waarding ouder worden (WOW)*** eine radikale Oppositionspolitik führen. Die WOW hat einen Abgeordneten, **Jef van Leemput**, mit erreicht der VB die Mindestanzahl von einem Drittel der Abgeordnetenim Parlament und kann auf eigene Initiative den Rat einberufen. WOW-Antwerpen und der VB haben eine Vertrag geschlossen, indem sich beide unterstützen, wenn einer den Rat einberufen will. (In der WGA #4 haben wird bereits über den Wahlerfolg der Rechtsextremen berichtet. Dabei unterlief uns ein Fehler, wie schrieben damals von 38 Prozent für den VB).

Dänemark

Haft für Lauck verlängert

FR 6.4., SZ 7.4.95 - Die Auslieferungshaft für den Neonazi **Gary Lauck**, Führer der ***NSDAP/AO***, ist von dänischen Richtern um drei Wochen verlängert worden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat die Auslieferung von Lauck beantragt. Näheres siehe WGA #5.

Frankreich

Anschlag auf Nazis vereitelt

SZ 4.4.95 - Ein Sprengstoffpaket fand die Polizei am Montag, 3. April '95, in Marseille vor der Garage eines Regionalpolitikers der faschistischen ***Front National (FN)***. Am Sonntag davor, 2.4.95, fand in der Nähe von Marseille trotz Protesten von BürgerInnen eine Wahlveranstaltung des FN-Führers **Jean-Marie Le Pen** statt. Der Bürgermeister von Marseille verbot alle Veranstaltungen der FN, da dort vor kurzem ein Jugendlicher von FN 'lern hinterrücks erschossen wurde (siehe WGA #5).

Antifa-Demo in Metz

AA/SB - Am 7. April '95 fand in Metz eine Antifa-Demo mit etwa 800-900 Leuten statt. Der Anlaß war einer Veranstaltung der faschistischen ***Front National (FN)*** mit ihrem Führer **Jean-Marie Le Pen**. Die Demo wurde von einem breiten Bündnis getragen, an dem sich unter anderem Antifa-und ImmigrantInnengruppen, ebenso wie Sozialistische Parteien und antirassistische Organisationen beteiligten. *„Gegen das Gespann De Villiers - Le Pen, gegen die Gesetzesbeschlüsse von Pasqua und Balladur"* und *„Gegen Rassismus, für gleiche Rechte"* so lautete das Motto der Demonstration.

Anschlag von FN'lern

FR 22.3.95 - Anhänger von **Le Pen**, Vorsitzenden der faschistischen ***Front National (FN)***, haben auf zwei französische Demonstranten einen Anschlag verübt. Sie wurden auf einer Demo gegen einen Plan zur Universitätsreform in Auch (Südwestfrankreich) verletzt.

Grossbritannien

Schärfere Kontrollen

SZ 25.3.95 - Nach einem noch nicht veröffentlichten Regierungsprogramm von **John Major**, will die Londoner Regierung die Gesetze zur Kontrolle von sogenannten illegalen EinwanderInnen weiter verschärfen. Das Programm für die nächste Wahlperiode schließt unter anderem straffere Bestimmungen für AsylbewerberInnen ein. **Claude Moraes**, vom Rat für das Wohlergehen von ImigrantInnen, kritisierte, daß sich Major Stimmen kaufen wolle. Erst vor zwei Jahren wurde das Asylrecht in England verschärft. Folge: Flüchtlinge werden in „Auffangzentren" festgehalten.

Niederlande

Nazi-Demo

Antifa Infoblatt #29 - Am 1. April '95 fand in Den Haag eine Nazi-Demonstration statt, an der knapp 30 Leute teilnahmen. Unter anderem waren die Nazis **Eite Homan**, **Canstant Kusters** aus Arnheim, **Joop Glimmerveen**, **Marco v. d. Kuijl** und der Rotterdamer **E. Polmann** anwesend. Zudem waren „Aktivisten" der ***ANS (Aktiefront Nationaal Socialisten)*** und viele Deutsche Neonazis da, von denen der Nazi **Michael Petri**, Vorsitzender der faschistischen ***Deutschen Nationalisten (DN)***, eine Rede hielt. Gerüchte besagen, daß mehrere deutsche Autos an der niederländischen Grenze gestoppt wurden. Sicher ist jedoch, daß ein Fahrzeug von deutschen Nazis durchsucht wurde und neben Eisenstan-

gen auch Armbinden der verbotenen ***FAP*** beschlagnahmt wurden. Eite Homan, Mitglied der ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)***, ist seit 1987 „Bereichsleiter“ der ANS und einer der wichtigsten Nazis in den Niederlande. Zeitweise war er Bodyguard des inzwischen verstorbenen Nazi-Führers **Michael Kühnen**.

Neues von der CP '86

DESG 2-3/95 - Nachdem wir schon in der WGA #3 über den Parteitag der ***Nationale Volkspartei/ CP ´86 (NV)***, ehemals ***CP ´86***, am 19. November ´94 berichteten an dieser Stelle noch einige Infos: Ihre bisherige Zeitschrft ***Centrum Nieus*** wurde eingestellt. Neu erscheint nun alle zwei Monate ***De Revoltionaire Nationalist***, verantwortlicher Herausgeber ist **Tim Mudde**. Die NV ist in verschiedenen niederländischen Gemeinderatsfraktionen vertreten.

Polen

Anschläge auf Denkmäler

JF 3.3.95 - Im Februar und im März ´95 kam es zu drei Anschlägen auf deutsche Kriegsdenkmäler, die nach dem Ende des Kalten Krieges von deutschen Volksgruppen aufgestellt wurden. **Heinrich Kroll**, Parlamentarischer Abgeordneter der deutschen Minderheiten, vermutet nationalistischen polnischen Gruppen hinter den Brandanschlägen

Vorgehen gegen Grenzgänger

SZ 25.3.95 - AusländerInnen, die sich illegal in Polen aufhalten und einem Ausweisungsbeschluß nicht folgen, können ab dem 25. März ´95 von der Polizei sofort in Abschiebehalft genommen werden. Bisher konnten AusländerInnen, die beim Überqueren der deutsch-polnischen Grenze erwischt wurden, von den Behörden für 48 Stunden in Polizeigewahrsam genommen werden.

Russland

Ausländer müssen zum Aids-Test

SZ 4.4.95 - Präsident **Boris Jelzin** hat ein neues Aids-Gesetz unterzeichnet, nachdem sich AusländerInnen nur länger als drei Monate in Rußland aufhalten dürfen, wenn sie nachweisen, daß sie nicht mit dem Immunschwächenvirus HIV infiziert sind. Das Gesetz wurde im Februar verabschiedet und tritt am 1. August in Kraft. Wer als AusländerInn dann ihre/seine Nicht-Infizierung nicht nachweisen kann wird ausgewiesen. Mitarbeiter des Moskauer Informationszentrum für sexuelle Angelegenheiten, AESOP, hatten Jelzin aufgefordert statt das Gesetz zu unterzeichnen, eindlich konkrete Aktions- und Aufklärungsprogramme gegen AIDS zu starten.

Faschismus bekämpen

SZ 25.3.95 - Rußlands Präsident, **Boris Jelzin**, hat die russischen Staatsorgane per Dekret aufgefordert, entschiedener und koordinierter im Kampf gegen „Erscheinungen des Faschismus und anderer Formen von politischem Extremismus“ vorzugehen. Er kritisierte schaft die Nachlässigkeit dieser Organe und bezeichnete die Arbeit von Staatsanwaltschaft, Innenministerium und Geheimdienst als *„außerst unbefriedigend“*. Das Dekret weist Innenministerium und Geheimdienst die Aufgabe zu, die Urheber von Propagandamaterial festzunehmen und zur Verantwortung zu ziehen. Dieses Dekret ist jedoch nur eine Handlungsanweisung an die Behörden, ihre laue Haltung gegenüber Extremisten zu ändern. Jelzin fordert zudem Wissenschaftler auf, den Begriff „Faschismus“ näher zu definieren, weil in der russischen Gesetzgebung bis jetzt dieser Begriff fehlt. Am selben Tag als das Dekret unterzeichnet wurde, kam es zu einer höchst umstrittenden Gerichtsentscheidung. Der führende Neofaschist **Alexej Wedjenkin** wurde unter, der Auflage Moskau nicht zu verlassen, aus dem Gefängnis entlassen. Wedjenkin, Mitglied der Neonazi-Organisation ***Russisch Nationale Einheit (RNE)***, wurde erst Ende Februar verhaftet (siehe WGA #5).

Schweiz

Wahlerfolg für Rechte

SZ 4.4.; DESG 2-3/95 - In vier Schweizer Kantonen haben am Wochenende 1./2. April ´95 Wahlen stattgefunden. Im Kanton Zürich legte die rechtskonservative ***Schweizerischen Volkspartei (SVP)*** zu. Im Kanton Luzern erhielt sie auf Anhieb 20 Prozent der Stimmen und belegte sofort 11 der 170 Mandate. Im Tessin wurde die Protestpartei ***Lega dei Ticinesi*** die dem rechten Rand zugeordnet wird, massiv unterstützt und errang einen Sitz der fünfköpfigen Kantonsregierung. Im Kanton Genf legten die Linken markant zu. In Zürich erhielt die SVP von den Sozialdemokraten einen freigewordenen Sitz in der Regierung, in der nun auch die Grünen vertreten sind, aber trotzdem weiterhin von Mitte-Rechts-Parteien dominiert wird. Diese Wahlen gelten allgemein als Barometer für die Parlamentswahlen im Herbst. Wahlbeobachter rechnen damit, daß die SVP mit ihrem prominentesten Vertreter, dem Abgeordneten und Großkapitalisten **Christoph Blocher**, dann Gewinner sein dürfte.

Bereits 19. Februar ´95 wurde im schweizerischen Kanton Basel-Landschaft der Landtag und das Parlament gewählt. Bei dieser Wahl konnten die rechtsextremen ***Schweizer Demokraten (SD)*** Stimmengewinne verbuchen. Nachdem sie 1981 auf 1, 1987 auf 4, 1989 auf 5 Landratssitze kamen, erhielten sie jetzt 7 Sitze. Die Schweizer Demokraten fallen besonders durch extreme Ausländerfeidlichkeit aus. In ihrer Zeitung ***Schweizer Demokrat*** wird monatlich gegen Ausländer gehetzt. Unter anderem sind sie gegen das Grundrecht auf Asyl und gegen sogenannte illegale EinwanderInnen, im gleichen Programm sprechen sie sich für eine „starke Armee“ und für den Ausbau des Heeres aus.

Auschwitzleugner verliert Prozeß

JW 24.3.95 - In einem Verleumdungsprozeß gegen einen Redakteur der Sonntags Zeitung unterlag der Kläger - ein Auschwitzleugner. Der Redakteur, der ihn in einem Artikel „Nazisympathisant“ und „Nazibewunderer“ nannte, wurde freigesprochen. Das Züricher Obergericht erklärte, einer, der den Massenmord der Nazis mit Zyklon B an Juden leugnet, muß sich gefallen lassen, mit Nazisympathisanten und Faschisten in eine Reihe gestellt zu werden.

Kriegsschuld eingeräumt

SZ, FR 5.4.95 - Der Außnminister **Flavio Cotti** hat bei einer Gedenkstunde die Mitschuld der Schweiz am Zweiten Weltkrieg eingeräumt. Das ist das erste mal, daß ein Schweizer Regierungsmitglied offen zu der Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg Stellung genommen habe. Er sagte: *„Wir können und dürfen nicht leugnen, daß auch die Schweiz da und dort in die große Schuld der unsäglichen Barbarei jener Jahre verstrickt war.“* Die Schweiz hatte damals viele flüchtende Juden an der Grenze abgewiesen. Die Gedenkstunde fand in Gedenken an **Carl Lutz** statt, der in der NS-Zeit etwa 60 000 Juden vor dem sicheren Tod rettete. Lutz, Vizekonsul in Budapest, stellte zu dieser Zeit ohne offizielle Anweisungen von Vorgesetzten zehntausenden Juden sogenannte Schweizer Kollektivpässe aus, die sie retteten. Lutz wurde in der Schweiz nach dem Krieg zunächst gerügt und erst später gewürdigt. In Budapest wurde nach Kriegsende ein Denkmal errichtet.

Spanien

Neue Nazi-Partei

DESG 2-3/95 - Ende Januar ’95 hat sich in Spanien eine neue Nazi-Partei gegründet. ***Democracia National (DN)*** wurde von den rechtsradikalen Gruppen ***Juntas españolas***, ***Vanguardia nacional revolucioñaria (VNR)***, und ***Instituto de estudo social***, eine Fraktion der aufgelösten ***CEDADE***, gegründet, nachdem bereits bei den Europawahlen ´94 ein Wahlbündnis ***Nationaldemokratische Alternative (ADN)*** auftrat. Vor der Gründung gab es verschiedene Streitigkeiten unter anderem über ehemalige

Funktionäre der CEDADE, über „Unaktivität der VNR, die außer Kanidaten auf der VNR-Europaliste nichts auf die Beine bekamen, oder über die allgemeine Beteiligung der einzelnen Gruppen. Das DN- Programm ist föderalistisch, einige nennen sich auch radikale Europäer andere spanische Nationalisten. Die führenden Kader der DN sind **Laureano Luna**, er schrieb das Wahlprogramm, **Ramon Bau** und **Christian Ruiz**, allesammt aus der CEDADE. Unter der Führung von **Corral** und **Ynetrillas** haben sich andere rechtsextreme Gruppen zur ***Allianz der nationalen Einheit*** zusammengeschlossen. Zu ihnen gehören: ***Nacion joven***, ***Frente de altervativa nacional***, ***Movimiento catolico español***, ***Associacion universitario DISPAR*** und ***Fuerza nacional del trabajo***. Darüberhinaus gibt es noch **Blaz Pinar** von der ***Fuerza nueva*** mit etwa einem Duzend lokaler Zirkel und die rechte Carlisten um die Zeitschrift ***Monsterrat***.

TSCHECHIEN

Skins verurteilt

FR 15.4.95 - Vier rechtsradikale Skins sind wegen eines Brandanschlags im böhmischen Gablonz zu Haftstrafen zwischen 18 und 22 Monaten verurteilt worden. Die Nazi-Skins hatten im vergangenen Jahr ein von Roma bewohntes Haus angezündet und dadurch zwei Frauen schwer verletzt.

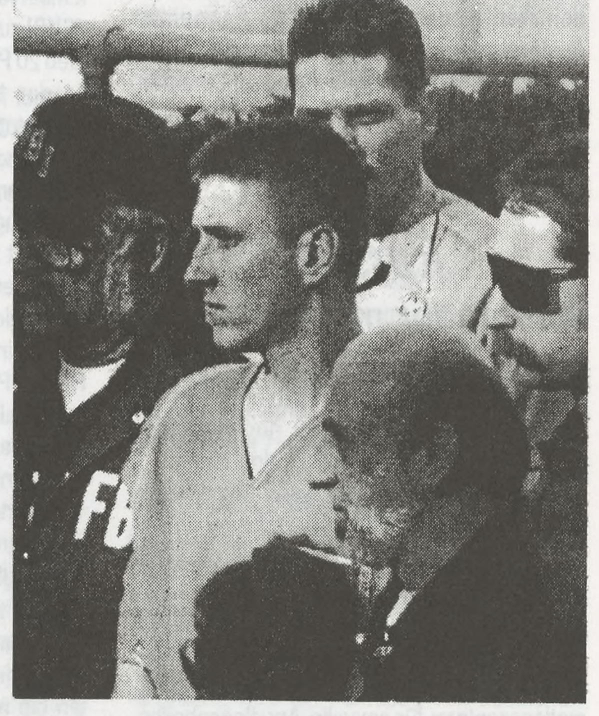
Gegen doppelte Staatsbürgerschaft

JF 7.4.95 - Der tschechische Ministerpräsident **Vaclav Klaus** hat sich gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft für die nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakai vertriebenen „Sudetendeutsche" ausgesprochen. Außenminister **Josef Zieleniec** hatte diesen Vorschlag wieder ins Spiel gebracht. Prominente tschechische und sudentendeutsche Politiker und Kirchenvertreter verabschiedeten einen Appell, indem unverzüglich Gespräche zwischen Prag und der „politischen Repräsentanz der Sudetendeutschen" gefordert wird. Es soll ein Programm entwickelt werden, daß denjenigen „Sudetendeutschen" eine Rückkehr „unter der Bedingung der Gleichberechtigung [...]" ermöglicht, die dies wollen.

USA

Terror von Rechtsradikalen

Presse 22.4.-25.4.95 - Rechtsextremisten sind für den Terroranschlag vom Mittwoch, 19. April '95 auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma-City verantwortlich, in dem unter anderem FBI-Abteilungen, Behörden und ein Kindergarten untergebracht waren. Bei dem Autobombenanschlag wurden bisher mehr als 100 Menschen ermordet - zahlreiche werden noch vermißt. Nach dem Anschlag vermutete die USA ausländische Terroristen als Drahtzieher. Doch schon bald verhärtete sich der Verdacht gegen Rechtsextremisten, speziell gegen eine paramilitärische Gruppe ***Northern Michigan Militia***, kurz ***Michigan-Miliz (MM)***. Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag wurde ein Aktivist der MM aufgrund eines Verkehrsdelikt festgenommen, der 27jährige Golfkriegs-Veteran und Sprengstoff-Spezialist der US-Armee ***Timothy McVeigh***, der auch zu der rechtsextremen Gruppe ***Arizona Patrioten*** Kontakte haben soll. Bei seiner Festnahme brachte die Polizei McVeigh noch nicht mit dem Anschlag in Verbindung. Er mietete den Klein-LKW an, indem die Bombe aus Erdöl und Dünge-Ammoniak versteckt war. Zeugen sahen ihn kurz vor dem Anschlag vor dem Gebäude und zudem ist er und ein Mittäter von einer FBI-Kamera gefilmt worden, als er den LKW parkte. Zwei Tage nach McVeighs Festnahme wurde er verhaftet und wird offiziell der „heimtückischen Beschädigung und Zerstörung von Bundeseigentum" angeklagt - ihm droht die Todesstrafe. McVeigh soll nach Angaben von Bekannten zu der rechtsradikalen Gruppe ***Amerikanische Patrioten*** gehören, die die US-Regierung generell ablehnt und für eine Bewaffnung des Volkes gegen deren „Tyrannei" eintritt. Zuletzt wohnte McVeigh in Kingman (Arizona), wo er Waffen verkaufte. In der Wüste um Kingmann tranierten zuletzt die Arizona Patrioten. In der Wüste kam es zu Sprengstoffexplosionen bei denen kein Schaden entstand, diese Spuren werden derzeit vom FBI untersucht. Während seiner Festnahme war McVeigh bewaffnet. Ein weiterer Verdächtiger wurde am Sonntag, 23. April '95 in San Bernadio (Kalifornien) festgenommen. **David Iniguez**, der in der gleichen Abteilung wie McVeigh und **Terry L. Nichols** dienten, in Fort Riley (Kansas), mietet gemeinsam mit Timothy McVeigh den Klein-LkW. Das FBI hält als Zeugen zudem die Brüder Terry und **James Nichols** fest. Terry Nichols (39) stellte sich freiwillig, nachdem McVeigh die Adresse von ihm mit einer Farm Nichols in Decker (Michigan) angegeben hatte. Diese Anwesen von James und Terry Nichols durchsuchte die Polizei nach Beweismaterial und fand zwei Dutzend Feuerwaffen, Chemikalien, Spengkapseln sowie Materialien, die zum Bau von Autobomben geeignet seien. Aufgrund dieser Funde sind sie jetzt des Verstoßes gegen Waffen- und Sprengstoffgesetze beschuldigt worden. Genau auf dieser Farm haben McVeigh und die Nichols-Brüder im vergangenen Jahr Bomben gebaut und gezündet. Die Nichols sind Waffennarren und sind (oder waren zumindest zeitweise) Aktivisten der MM. Nach weiteren zwei Tatverdächtigten wird noch gesucht, unter ihnen **James Douglas**, ebenfalls Mitglied der Michigan-Miliz. **Norman Olson**, 48jähriger Waffenhändler und Chef der Michigan-Miliz, bestreitet jegliche Verbindung der Miliz zum Bombenanschlag und verneint auch die Kontakte McVeighs zur MM. Persönliche Kontakte soll McVeigh auch zu einem weiteren redikalen Führer der Michigan-Miliz haben: **Mark Koerke**, ihn will das FBI als Zeugen befragen. Die Michigan-Miliz ist eine rechtsextreme, paramilitärische Wehrsportgruppe die über 10.000 „Kämpfer" unter Waffen gestellt halten soll. Die MM befindet sich nach eigenen Angaben in einem „haßerfüllten Kampf gegen die amerikanische Regierung". Der 25jährige **Bernhard Fulayter**, „Kämpfer" der Miliz, drückt es so aus: *„Wer uns entwaffnet, wird vernichtet!"*. Die Michigan-Miliz sowie andere solcher Gruppen, führen Manöver und Wehrsportübungen in den Wälder der USA durch und proben den „Ernstfall". Nach Erkenntnissen von Experten soll es bereits in neun Bundesstaaten Trainingslager der Gruppen geben. Unter anderem in Colorado, Montana, Florida und Texas gibt es bereits solche paramilitärischen Gruppen, so John Nutter, Dozent der Uni-Michigan. Nach Russ Bellant, auch Uni Michigan, sind die Mitgliederzahlen dieser Gruppen in den letzten Monaten stark angestiegen, er fürchtet weitere Attentate. Um ein Motiv für diese Schreckenstat wird immer mehr geredet, es wird ein Zusammenhang zur ***Davidianer-Sekte*** hergestellt. Genau am zweiten Jahrestag der Erstürmung eines Anwesens der Sekte in Waco (Texas) explodierte eine Bombe genau vor dem Regierungsgebäude in Oklahoma-City, in dem u.a. auch Büros der US-Waffenbehörde ATF untergebracht waren, die damals den Einsatz leitete. Der Erstürmung folgte ein Massenselbstmord der Sektenmitglieder. McVeigh wie auch Olson zählen die Sektenanhänger „zu den wahren Amerikanern". McVeigh reiste damals an den Tatort und kam mit „außerordentlichem Zorn" wieder zurück.



Timothy McVeigh

ai-Info
amnesty international, 53108 Bonn
#4/95, 32, S.
Terror, Vertreibung, Mord. Schlagwörter aus dem irakischen Teil Kurdistans. Doch von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen revalisierenden KurdInnen, die nicht minder brutal geführt werden, berichtet niemand, außer ai. Die „Datenautobahn" hat inzwischen auch ai erreicht, ein kleiner Wegweiser durchs Datenlabyrinth wird vorgestellt. Dann noch Berichte aus Ruanda und Marokko, Briefe gegen das Vergessen und Infos zu ai-Publikationen.

antifa
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
#4/95, 3,80 DM, 36 S.
In der April-Ausgabe der „antifa" finden wir wieder jede Menge interesante Artikel die sich dieses Mal natürlich vor allem auf die 50. Jahrestage der Befreiungen des Faschismus beziehen, so wird zum Beispiel über den Abschluß der Mahnwachen zum 7. Mai geschrieben. Dies ist auch verständlich und gut so. Die „antifa" wird von Menschen gemacht, die den Faschismus noch miterlebt haben, also keine „jungen Kerle".

Antifa-Infoblatt
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
#29, 5 DM, 56 S.
Das Antifa-Info ist nicht nur immer wieder gut, um gleich mehrere Abende damit zu füllen, es liefert auch im fortgeschrittenen Alter noch die fundierten Artikel, die es so wichtig machen. Der angekündigte „Schwerpunkt" beschränkt sich jedoch auf ganze zwei Seiten, was aber dem Heft keinen Abbruch tut. Hier lieber eine Aufzählung der meiner Meinung nach wichtigsten Artikel dieser Ausgabe: Verein für das Deutschtum im Ausland, Die Neue Rechte, FDP, Frauen und Rechtsextreme, Mißhandlung von VietnamesInnen, aktueller Überblick über die Neonaziszene, das DKEG und etwa über die Anti-Antifa-Aktivitäten in Berlin in Richtung Berlin.

Antifa-Nachrichten Wien
c/o GAJ, Lindengasse 40, A-1070 Wien
#2, 20 Öschis, 52 S.
Das Antifablatt aus Wien legt Wert darauf, die Nazi-Aktivisten und deren Hintermänner beim Namen zu nennen. So auch beim Artikel zu den Morden von Oberwart. Danach folgt eine Übersicht über die Entwicklung der Naziszene nach 1945, natürlich mit dem Schwerpunkt Österreich. Den vor allem dort sehr verbreiteten Burschenschaften wird danach breiter Raum eingeräumt, weitere Themen sind Nazis in (Polizei)-Uniform sowie Betrachtungen zu den Plänen, die Jörg Haider mit Österreich hat. Zehn interessante Seiten zum Thema „Antisemitismus in Österreich: Der Wahnsinn, der kein Ende hat" schließen den Hauptteil dieses sehr interessanten Heftes ab.

Der Zeck
c/o GAJ, Lindenallee 40, A-1070 Wien
#3, 10 Öschis, 32 S.
Am Anfang steht ein Artikel zur Ermordung der Roma in Oberwart, im Februar dieses Jahres. Und auch die folgenden Seiten beschäftigen sich mit dem Thema Faschismus - sei es ein Artikel über Jörg Haider, über die Geschichtsrevision oder der geschichtliche Rückblick (Austrofaschismus und Widerstand).

Lotta Dura
c/o Amerlinghaus, Stiftgasse 8, A-1070 Wien
#2, 25 OSch, 40 S.
Wie wohl jede Zeitung aus Österreich, stehen auch in diesem Blatt die Morde von Oberwart an erster Stelle. Dem schließen sich Betrachtungen zur FPÖ und der Entwicklung in der NS-Szene an. Auf etwa 15 Seiten folgen geschichtliche Artikel, mit denen versucht wird, Kontinuitäten zur heutigen Entwicklung aufzuzeigen. Außerdem Nachrichten aus der Nazi-Szene und was dagegen läuft.

RAG
DGB-Jugend- und Kulturzentrum, Brunnenstr. 125, 13355 Berlin
#12, 50 Pf., 12 S.
Der Rundbrief antifaschistischer / antirassistischer GewerkschafterInnen berichtet in der aktuellen Ausgabe über Schule, Berufsschule, Gewalt und Rassismus. Zudem werden verschieden Bildungsurlaube vorgestellt, die jedoch eher für Berlin-Brandenburg angeboten werden. Die Großzahl der Themen behandeln Gewerkschaften und Arbeitsfragen, wie zum Beispiel der Bundesjugendkongreß der IG Metall oder Aktionen gegen Nazi-Zeitungen von IG-Medien-Mitgliedern.

Spotlight
c/o Roadrunner, Hullerser Str. 3 b, 37574 Einbeck
#3, 4 DM, 36 S.
Vor allem auf inhaltliche Artikel setzt diese Ausgabe. Dem Täter-Opfer-Vergleich am Anfang schließt sich eine Betrachtung zum Faschismusbegriff an, der zum Ergebnis führt: „Es bleibt also als einzige Perspektive der antifascistische Kampf!" Weiterhin wird in dem Heft ausführlich auf den „Bund der Goden" eingegangen sowie auf Nazizines.

TATblatt
Gumpendorferstr. 157/11, A-1060 Wien
#33, 15 ÖSchis
„Alltag nach Oberwart II" so der Titel der neuen Ausgabe. Nach den Morden in Oberwart sind noch mehr BürgerInnen den Romas feindlich gesinnt, aus Opfern sollen Täter gemacht werden. Außerdem in dieser Ausgabe ein Bericht über die Ziele der österreichischen Neonazis, über den (zu milden) Ausgang des Prozeß gegen den Nazi Schimanek, über die Unterdrükkung in Osttimor und wie immer vieles Interresantes mehr.

Index der #6

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte

Tja, bleibt zum Schluß nur noch der Hinweis, daß es am 1. Juni wieder eine **"Was geht ab?"** gibt...